

Volkswacht

für Schlesien

Die wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Kurfürste 4/6, durch die Filial-Expeditionen der „Volkswacht“, Neue Gasperstraße 14 u. Neue Gasperstraße 11, durch die Zweigstellen, Algenrotenstraße 14 u. durch alle Auswärtigen zu beziehen. — Bezugspreis im Voraus zu entrichten wöchentlich 0,10 Goldmark, monatlich 1,70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2,00 Goldmark.

Organ für die werktätige Bevölkerung
Verlagort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.

Anzeigenpreis: Je Zeilemeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 20 Pf. (auswärts 17 Pf.). Anzeigen unter 20 Pf. sind abzugeben 10 Pf. Familienanzeigen, Stellenanzeigen, Verlobungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Kurfürste 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Der Kampf kann beginnen!

Die SPD. nimmt die Herausforderung des Bürgerblocks an.

Der „Vorwärts“ schreibt heute zu dem Bürgerblockprogramm unter dem Titel: „Falsche Worte“ unter anderem folgendes:
„Wir legen weder den „Richtlinien“ noch dem „Regierungsprogramm“ übertriebene Bedeutung bei. Mag darin stehen, was will. Die Deutschnationalen bleiben wie sie sind, und der Besitzbürgerblock bleibt, wer er ist. Worte können an seinem Charakter nichts ändern, und ebenso wenig könnte sich an ihm etwas ändern, wenn der Demokrat Reinhold, wie behauptet wird, Lust verspüren sollte, auch in der neuen Regierung weiter Finanzminister zu spielen. Nach dem Bürgerblock kommt die Abstimmung, kommen die nächsten Wahlen. Darum Vorhang auf! Laßt die Komödie beginnen.“

Der „Sozialdemokratische Pressedienst“ schreibt ebenfalls:

„Es war die Absicht der Väter des Bürgerblocks, eine Regierung gegen die Sozialdemokratie zu bilden. Die selbstverständliche Antwort besteht darin, daß die Sozialdemokratie einen hartnäckigen und stetigen Kampf gegen diese Regierung führen wird, mit dem Ziel, sie zu stürzen. Stürzt diese Regierung, dann ist die Frage, ob die Entscheidung über ihre Nachfolgerin die Späße der Fraktionsvorsitze und des Reichstagspräsidenten herauszerlegt wird ins Volk. Es gibt nach den Vorwürfen dieser Krise keine andere Lösung. Der Sturz des Bürgerblocks unter der Führung von Marx, das ist die Neuwahl des Reichstags. Am Ende der Herrlichkeit des Bürgerblocks steht der Tag der Abrechnung. Sozialdemokratische Opposition, das ist nicht jene laue, wohltemperierte Haltung, von der die Schwärmer des Kommisses um jeden Preis träumen, jene Haltung, die in Regierungsblock und Opposition lediglich zwei im Grunde gleiche Parteien eines Gesellschaftsspiels erblickt, die ihren Platz austauschen können, ohne daß sich im Fundament etwas ändert.“

Das Wollen der sozialdemokratischen Opposition ist getragen von der Idee der Emanzipation der Arbeiterklasse von Armut nach Gleichberechtigung und Aufstieg. Das Wollen des Bürgerblocks ist erfüllt von dem konservativen Geist, der der Arbeiterschaft auf ewig die Rolle der zweiklassigen Staatsbürger zuweisen will, die Rolle derer, die nicht selbst bestimmen können über ihr Geschick, sondern andere über sich bestimmen lassen müssen. Es war der Brief des Reichspräsidenten, der mit der größten Schärfe diesen Unterschied des Wollens festgestellt hat.

In Deutschland ist in einem Zeitpunkt, an dem die sozialen Spannungen in außerordentlicher Notzeit einen Höhepunkt erreicht haben, vom Zentrum eine Entscheidung getroffen worden, die für die Dauer der Existenz des Bürgerblocks an die Stelle des Ausgleichs den stürmisch bewegten Kampf der Parteien und Klassen setzt. Der Kampf beginnt. Er wird mit dem Sturze des Bürgerblocks enden!

Sie streiten sich noch um Ministeressel und Formulierungen.

Im Verlauf des Dienstag wurden die Verhandlungen zur Bildung des Besitzbürgerblocks zwischen Reichkanzler Dr. Marx und den fünf deutschnationalen Unterhändlern fortgesetzt. Auch Reichsarbeitsminister Dr. Brauns nahm wieder an den Verhandlungen teil. Die für ein Regierungsprogramm ausgearbeiteten Richtlinien wurden nachmittags den für die Rechtsregierung in Frage kommenden Fraktionen unterbreitet. Abends beschäftigten sich die einzelnen Fraktionen mit dem Stand der Verhandlungen und dem künftigen Regierungsprogramm. Eine Einigung über die programmatische Regierungserklärung ist bisher noch immer nicht erzielt; es sind noch Schwierigkeiten in bezug auf die Formulierung über die Innen- und Außenpolitik vorhanden. Es ist trotzdem anzunehmen, daß der Besitzbürgerblock bis Donnerstag tag oder Freitag in Erscheinung tritt. Ueber den sozialpolitischen Teil des Regierungsprogramms soll angeblich eine volle Einigung zwischen einer „Jachtkommission“ der Deutschnationalen, bestehend aus den Abgeordneten Schiele, Behrens, Lambach, Leopold und v. Goldacker und den Ministern Brauns und Dr. Curtius, erzielt worden sein.

Am Dienstag abend fand beim Reichsaussenminister Dr. Stresemann eine Besprechung statt, um eine Einigung auf dem Gebiete der auswärtigen Politik zu erzielen.

Zu der Personenfrage des neuen Reichskabinetts bemerkt die „Deutsche Tageszeitung“, daß die Deutschnationalen nach Stärke ihrer Fraktion einen Anspruch nicht auf drei, sondern auf vier Ministerposten haben. Es sei zu erwarten, daß die Deutschnationalen ihre Ansprüche energisch vertreten werden, um nicht in entscheidenden Fragen an Einfluß zu verlieren.

Die Demokraten werden von ihren führenden Blättern aufgefordert, der Bürgerblock-Regierung nicht beizutreten. Zwei ihrer drei Reichsminister — nur Kütz hat bereits Anwartschaft auf einen neuen Posten — lieben aber an ihren Ministerien. Herr Geßler hat um Ende der Krise wie immer vergessen, daß er sich am Anfang als amtsmüde für den Fall des Regierungseintritts der Deutschnationalen melden ließ. Er will dem neuen Kabinett ebenso angehören wie den elf letzten. Angeblich soll er sich jetzt endlich mit der Absicht des Austritts aus der Demokratischen Partei tragen, Bestätigung bleibt abzuwarten. Ausschließen werden Herrn Geßler jedenfalls trotz allen Zusicherungen, die sie von ihm empfangen, seine Parteifreunde nicht. Aber auch Reichsfinanzminister Dr. Reinhold sieht nicht ein, warum er nicht seine von jeder einseitig befreundliche Steuerpolitik im Rahmen des Bürgerblocks weiterführen soll und will sich „zur Verfügung stellen“. Es erscheint als zweifelhaft, ob seine Parteileitung ihn daran hindern will und kann.

Die Wirtschaftliche Vereinigung hält, wie verlautet, an ihrem bisher eingenommenen Standpunkt fest, eine Beteiligung an der neuen Regierung abzulehnen. Sie will dem Kabinett des Besitzbürgerblocks mit wohlwollender Neutralität gegenüberstehen und es unterstützen, so lange die Regierung den Forderungen des Mittelstandes Rechnung trägt.

Amerika macht die englische Chinapolitik nicht mit.

Washington, 25. Januar. (Drahtbericht.) Nach Ansicht des Präsidenten Coolidge bestehen wesentliche Unterschiede zwischen den britischen und den amerikanischen Interessen in China, da Amerika in China keine Konzessionen habe. Aus diesem Grunde können, so erklärte der Wortführer des Weißen Hauses, nach Ansicht Coolidges Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Regierungen über die Frage der allgemeinen Politik mit Bezug auf China entstehen.

London, 26. Januar. (Eigener Fundbericht.)

Die Süb-Regierung Chinas hat in einem langen Manifest die volle Unabhängigkeit Chinas als unverrückbares nationales Ziel und gleichzeitig ihre Bereitwilligkeit zu Verhandlungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung erklärt. Inzwischen dauert der „strategische Rückzug“ der Engländer aus Mittel- und West-China an.

Nach Meldungen aus Hongkong ist der französische Konsul in Hongkong von chinesischen Soldaten gefangen genommen worden; er wurde aber gegen die Versicherung, daß er die Konzessionszone nicht verlassen werde, wieder freigelassen.

Rahenjammer im linken Zentrum.

In den Kreisen des linken Zentrums fängt man in den letzten Tagen — leider erst nach dem einstimmigen Beschluß der Zentrumsfraktion für die Verhandlungen mit den Deutschnationalen — mit der Aeußerung von Bedenken an. Während Wirth zunächst in stolzer Freude den republikanischen Charakter der „Richtlinien“ pries, unter die sich die Deutschnationalen beugen mußten, scheint er jetzt von dem kühl ausweichenden Antworten derer um Wetzlar doch enttäuscht zu sein, jamaal Marx inzwischen gar nicht mehr über diese „Richtlinien“, sondern über ein neu formuliertes Regierungsprogramm verhandelt. Jetzt schreibt Wirth daher in der „Germania“ bereits wieder: „Die innere Unwahrheit, die darin liegt, wenn eine Republik von Monarchisten geführt wird, muß sich rächen und zum Sturze der Republik führen. Am wenigsten darf eine junge Staatsform eine solche Toleranz üben.“

Klingt das alles doch nur bedingt kritisch, so sieht der bei den Deutschnationalen wie bei gewissen Herren des Breslauer hohen Klerus aus guten Gründen besonders ungeliebte ober-schlesische Zentrumsführer Ullrich den Bürgerblock bereits noch kritischer an. In einer in Giezdowicz schon am Sonntag gehaltenen Rede erklärte er, eine andere Formulierung der politischen Einstellung der Deutschnationalen sei unerheblich, wenn sich nicht ihre politische Einstellung selbst ändere. Das Zentrum habe schon einmal eine Regierung mit den Deutschnationalen gehabt und damals hätten diese im entscheidenden Augenblick von Locarno versagt. Es sei sehr befreudlich, daß Stresemann sich in der Krise so zurückgehalten habe, obwohl die Deutschnationalen bisher die Rechtsgültigkeit internationaler Verträge leugneten, die er ablehnt. Die Reichswehr dürfe nicht ein Heer sein, von dem Republikaner ausgeschlossen werden. In Oberschlesien hätte man mit den Deutschnationalen die allergeringsten Erfahrungen gemacht, während man über die sieben Millionen sozialdemokratischer Wähler nicht ohne weiteres hinweggehen könne.

Das Klingt von allen Aeußerungen maßgebender Zentrumsleute in der Krise am vernünftigsten. Aber die „Frankfurter Zeitung“ hat schon recht, wenn sie feststellt, diesmal dürften die linken Zentrumsführer nur zusehen, während die rechten inzwischen handelten.

Wie stark die Verstimmung ist, die die Taktik der Zentrumsfraktion des Reichstags bei der Regierungsbildung selbst in den ländlichen Bezirken bei den Anhängern der Zentrumspartei auslöst, zeigt ein Artikel der „Berlinerischen Wacht“, der unter der Ueberschrift „Aber! Wertwürdiges aus Berlin“ herauskommt. Er weist darauf hin, daß Marx sich dem Kommando „Rechts schwenk marsch“ gefügt hat, das allerdings nicht von dem achtzigjährigen Generalfeldmarschall, sondern von Herrn v. Loebell ausgehen worden sei. Dieser Loebell habe jetzt Hindenburg als Sprachrohr gebraucht und man verlange nun von den Zentrumsanhängern im Lande, daß sie mit Begeisterung die Haken zumenreihen und „zu Befehl!“ schnarren. Demgegenüber betont das Blatt, daß was vorgelesen wahr gewesen sei, heute nicht falsch sein könne. Die Rechtsregierung bleibe ein Uebel, ob sie ein notwendiges Uebel sei, müsse noch bewiesen werden. Die große Zentrumspresse, auch die „Kölnische Volkszeitung“, hätten merkwürdigerweise bei ihren jüngsten Meinungen auch über die Vorgänge in Berlin allerlei verschwiegen. Von der Grundlage der Zentrums-Richtlinien werde nicht viel mehr übrig bleiben, nachdem sie auf der deutschnationalen Tenne mit den Dreckschlegeln der Herren Wetzlar und Hergt gebrosen worden sind. Immerhin sei noch Hoffnung vorhanden, daß aus dem Handel mit den Ostfeiern nichts wird, denn alles könne sich ja schließlich das Zentrum nicht gefallen lassen.

Etwas mutig wird es übrigens angesichts der steigenden deutschnationalen Ansprüche in bezug auf die Zahl der auszu-tretenden Ministerien selbst der rechtsstehenden „Schl. Volksztg.“ zu Mute. Diese ärgert sich auch nicht wenig, daß die Volkspartei während der Bürgerblockverhandlungen bereits in kulturellen Fragen abspringt und daß bei der Frage der Cherechtsreform die Abwehrfront von Kahl bis Roenen ganz wie wir sie prophezeit haben, schon Wirklichkeit wird. Mit den kulturell-politischen Hoffnungen des Zentrums auf den schwarz-blauen Block sieht es angesichts der Tatsache, daß mit den Deutschnationalen allein keine Mehrheit zu bilden ist, nicht zum besten aus!

Völkische Schimpfereien gegen Löbe.

„Löbe leckt den Polen die Hand“, so behauptet die völkische „Schlesische Volksstimme“ auf Grund einer ver-logenen Wiedergabe der Lodzer Rede unseres Genossen. „Ahnungslosigkeit“ ist noch das geringste, was das völkische Blatt dieser „ekelhaften“ Rede und dem Reichstagspräsidenten nachsagt, dem seiner Meinung nach in Zukunft die Ausreise ins Ausland verboten werden sollte. Wir begnügen uns damit, diese Anwürfe niedriger zu hängen. Löbe kann sie mit Stolz neben die — in der Form immerhin anständigeren — Angriffe der polnischen Nationalisten legen, die ihm umgekehrt vorwarfen, er habe deutsche nationalitätliche Ziele nur in pazifistische Formen gekleidet. Die schlesische Arbeiterschaft, die unter dem deutsch-polnischen Wirtschaftskrieg am schwersten leidet, wird es ihrem Führer nach solcher Angriffen nur doppelt danken, daß er sich für Beständigung der beiden Nachbarnvölker einsetzt.

Kütz wird Innenminister des künftigen Bürgerblocks. Die „Dresdener Neuesten Nachrichten“ melden, daß Dr. Kütz, der dem neuen Reichskabinett nicht mehr angehören wird, das Amt des schlesischen Innenministers übernehmen soll. Der jetzige schlesische Innenminister Dr. Dohne habe diesen Posten nur provisorisch übernommen.

Stresemann sucht das Ausland zu beruhigen.

erzählt den „Times“, daß die Deutschnationalen zu Locarno befehrt sind.

In einem Interview mit dem Berliner Vertreter der „Times“ wendet sich Dr. Stresemann gegen die im Zusammenhang mit der Regierungskrise im Ausland aufgetretenen irigen Meinungen über die Gefährdung der auf London und Locarno aufgebauten deutschen Außenpolitik. Er erklärt darin, daß die Ursachen der Krise ausschließlich auf dem internationalen Gebiet liegen, daß sich auf dem europäischen Gebiet seit geraumer Zeit eine sehr große Mehrheit die von ihm in Uebereinstimmung mit Reichkanzler Marx führte und vom Reichspräsidenten gebilligte Politik herausgebildet hat. Wenn jetzt die Deutschnationale Partei die Opposition aufgibt und wieder in die Regierung tritt, und wenn dies, wie unzweifelhaft feststeht, unter Erhaltung des bisherigen Kurses der Außenpolitik geschieht, so bedeutet dies doch in außenpolitischer Hinsicht nichts anderes, als daß sich seit dem Oktober 1925 in Deutschland ein bedeutender Wandel vollzogen hat. Es ist ein Beweis dafür, daß auch in weiten Kreisen, die hinter der Deutschnationalen Partei stehen, inzwischen das Verständnis für die Locarno-politisch lebendig geworden ist, und daß diese Politik in Zukunft sowohl im Parlament als auch in der Öffentlichkeit auf eine ganz überwiegende Mehrheit stützen kann. (Hoffentlich findet Stresemann mit dieser seiner Mitteilung über die Belagerung der Deutschnationalen Glauben. Red.)

Der Bürger-Votz funktioniert schon!

Er lehnt ein Gesetz für Mutter- und Kinderschutz ab.

Heute will er die Grundschule „verbessern“.

Die Sitzung wird vom Präsidenten Böbe eröffnet. Es folgt die zweite Beratung eines Gesetzentwurfs zur Änderung der Gewerbeordnung, wonach für das Schliefgewerbe die Erlaubnispflicht eingeführt werden soll. Die Erlaubnis ist zu verweigern, wenn der Nachweis der Zuverlässigkeit nicht besteht oder die nötigen Mittel nachzuweisen vermag. Personen, die den Betrieb des Schliefgewerbes schon früher begonnen haben, kann die Erlaubnis dieses Gewerbes unterlagert werden, wenn Tatsachen vorliegen, die die Unzuverlässigkeit des Gewerbetreibenden in bezug auf den Gewerbebetrieb darthun.

Abg. Käbel (Komm.) beantragt die Einföhrung einer Bestimmung, wonach die Wachs- und Schließgesellschaften verpflichtet sind ihr Personal nur durch Vermittlung der öffentlichen Arbeitsnachweise zu beziehen. Der kommunistische Antrag wird mit 94 gegen 165 Stimmen abgelehnt. Die Vorlage wird angenommen.

Das Haus nimmt hierauf den Bericht des Bevölkerungspolitischen Ausschusses über einen kommunikativen Antrag betr. Entwurf eines Gesetzes zum Schutze für Mutter und Kind an. Der Ausschuss beantragt zwei Entschliehungen, nach denen die Regierung eine Denkschrift über den Stand des Mutter- und Kinderschutzes und der vorhandenen Einrichtungen der öffentlichen und privaten Wohlfahrtspflege vorlegen solle, ferner die Regierung zu ersuchen, einen Gesetzentwurf einzubringen, der die notwendigen Einrichtungen zum Schutze von Mutter und Kind auf eine gesicherte Rechtsgrundlage stellt.

Abg. Frau Nemitz (Soz.)

Es darauf hin, daß die Versicherungsträger sich bisher um große Verdienste um die Fürsorge für Mutter und Kind verdient haben. Es handle sich aber hier um eine allgemeine Bevölkerungspolitische Frage, für deren Lösung das Reich zu sorgen habe. Die soziale Versicherung hat im Jahre 1925 eine sorgende Tätigkeit in zwei Dritteln aller Familienfälle ausgeübt, allen voran gehen dabei die Rentenklassen bei der Leistung an Entbindungs- und Aufenthaltsstellen, von Wochengeldern für die Versicherten und für die Familienmitglieder und an Stillgebern. Vorbildliches hat auf dem Gebiet die Berliner Ortskrankenkasse in ihrem Ambulatorium geschaffen. Hier erhalten die Schwangeren nicht nur ärztliche, sondern auch Hilfe. Aber auch den werdenden Müttern, die außerhalb des Kreises der Versicherten stehen, muß mehr als bisher geholfen werden. Die Beratungsstellen, in denen die werdenden in überfüllten Räumen oft lange warten müssen, sind zu Behandlungsstellen zu erweitern. Auch nach der Einbringung der Familienversicherung ist ein weitergehender Schutz für Mutter und Kind notwendig, denn die Sterblichkeit unter den Säuglingen ist noch außerordentlich hoch. Eine große Anzahl von Müttern stirbt noch immer nach der Geburt, wenn sie vor ihrer Niederkunft nicht allein Beratung, sondern auch Hilfe gefunden hätten, dann hätte in vielen Fällen das Leben erhalten werden können. Wir brauchen aber auch einen besseren Säuglingsschutz. Aus dem vom preussischen Wohlfahrtsausschuss im Landtag erstatteten Bericht haben wir zwar erfahren, daß die Säuglingssterblichkeit in Preußen in den Jahren 1918/1925 zurückgegangen sei, aber in anderen Ländern, wie England und Holland, ist die Säuglingssterblichkeit nur um so gering wie in Deutschland. Daraus ergibt sich, daß wir auch bei uns einen besseren Schutz für Mutter und Kind einrichten müssen. Wir müssen für Einrichtungen sorgen, daß auch die Mütter, die keine eigene Wohnung haben, das Recht haben, mit ihren Kindern zusammen zu bleiben. Das gilt besonders für die ledigen Mütter, denen jetzt die Kinder nicht schnell fortgenommen werden. Wenn der Gesetzentwurf, der Reichstag von der Regierung verlangt, vorliegt, dann wird die Sozialdemokratie daran mitarbeiten, daß er so ausfällt, daß er einen wirklichen Mutter- und Kinderschutz ergibt. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Frau Abg. Wendler (Komm.) erklärt, daß normale Geburten im Proletariat heute zu den Seltenheiten gehören. Aus physischer Schwäche der proletarischen Frauen lie die hohe Sterblichkeit der Abtreibungen zu erklären. Die Rednerin fordert die parlamentarische Schwangerenfürsorge.

Abg. Frau Dr. Lüders (Dem.) weist darauf hin, daß die Sterblichkeitszahl eine nicht genaue Veranschlagung der Zahlenverhältnisse zwischen den beiden Geschlechtern zeigt. Die Zahl der verstorbenen Frauen sei in dauerndem Zunehmen begriffen. Für den Staat erwachsen daraus besondere Aufgaben gegenüber Mutter und Kind. Es sei vor allem auch eine bessere Unterstützung der freien Liebesbeziehung durch den Staat erforderlich. Die nach dem Kriege herangewachsene Jugend mußte auf diesem Gebiete früher erkannt hätte.

Abg. Frau Neuhans (Ztr.) stimmt dem Ausschussantrag zu und spricht die Erwartung aus, daß die Regierung ihm in nächster Frist Folge trage.

Abg. Frau Agnes (Soz.)

Erklärt einen sozialdemokratischen Antrag, wonach die §§ 10 und 12 des Gesetzentwurfs über Schwangerenfürsorge, für die den Ausschuss Uebergang zur Tagesordnung empfohlen hat, zur öffentlichen Beratung an den Bevölkerungspolitischen Ausschuss überwiesen werden sollen.

Abg. Frau Nag (D.Vp.) wendet sich unter großer Unruhe gegen die Entschliehung des Ausschusses, die Vorlage eines Gesetzentwurfs zum Schutze von Mutter und Kind verlangt.

Bei der Abstimmung wird nur die Entschliehung des Ausschusses angenommen, die die Vorlage einer Denkschrift vorschlägt. Die Vorlage eines Gesetzentwurfs wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten abgelehnt.

Über Bahnanbauten in den Ostgebieten legt der Ausschuss Offfragen einen Antrag vor, der die Reichsregierung ersucht, die Reichsbahn-Eisenbahn-Einrichtung zu nehmen, damit diese an den Bau von Bahnhöfen herantrete, die durch die neue Grenzziehung im Osten erforderlich geworden sind.

Abg. Schulz-Königsberg (Soz.) weist auf die außerordentlichen Schwierigkeiten Eisenbahnverbindungen in Ostpreußen hin. Durch die Grenzziehung sind ganz unhaltbare Zustände geschaffen worden. Es gibt noch Ortschaften, deren Bewohner bis zum nächsten Bahnhof 35 Kilometer gehen müssen. Auch in der Ausgestaltung des Tarifwesens muß mehr als bisher auf die besonderen Verhältnisse Ostpreußens Rücksicht genommen werden.

Der Antrag des Ausschusses wird hierauf einstimmig angenommen, und die Beratungen werden abgebrochen.

Bei der Festsetzung der Tagesordnung für die Sitzung am Mittwoch nachmittag entsteht eine längere Geschäftsordnungsdebatte über einen von den Rechtsparlamentarier beantragten Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes über die Grundschule. Der Präsident Böbe hat nur die 2. Beratung des Gesetzes zur Beratung der Geschäftsordnungsfrage auf die Tagesordnung gesetzt und will eben die Sitzung schließen, als Abg. Kunkel (D.Vp.) verlangt, daß auch die Vorlage zur Grundschule morgen beraten werde.

Abg. Wittmann (Soz.) erhebt dagegen Widerspruch. Im Verlaufe der Verhandlung herrscht Uebereinstimmung darüber, daß die Vorlage der Paulsen des Reichstags-Sitzungen der Ausschüsse nicht stattfinden sollten, wenn nicht ganz besonders dringende Gründe vorliegen. Trotzdem hatte Abg. Kumm eine Sitzung seines Ausschusses einberufen und gegen den Widerspruch der Minder-

heit die Beratung des Gesetzentwurfs durchgeleitet. Es scheint, als ob die Deutschnationalen dem Zentrum noch schnell einen Brocken hinwerfen wollen, um es für die Regierungsbildung geneigter zu machen. Sollte die zweite Beratung heute beschloffen werden, so werden wir gegen die sofortige Vornahme der dritten Beratung Einspruch erheben.

Abg. Erlspien (Soz.) weist darauf hin, daß sogar die Regierung im Ausschuss darum gebeten habe, diese Frage jetzt nicht zur Verhandlung zu bringen.

Abg. Rönneburg (Dem.) schließt sich dem Widerspruch an.

Abg. Rheinländer (Ztr.) erklärt für das Zentrum, daß es die Beratung der Vorlage wünsche.

Präsident Böbe stellt fest, daß im Verlaufe der Verhandlung Uebereinstimmung darüber geherrscht habe, daß nur solche Fragen verhandelt werden sollten, über die zwischen den Parteien kein Streit herrsche. Wenn Widerspruch gegen die sofortige Beratung der dritten Vorlage erhoben werde, so könne sie morgen nicht vorgenommen werden.

Die Abstimmung ist zuerst zweifelhaft, das Haus muß ausgehört werden. Mit 151 gegen 109 Stimmen wird beschloffen, die zweite Beratung des Gesetzentwurfs am Mittwoch vorzunehmen.

Kritik der Minderheitenpolitik der polnischen Regierung.

Warschau, 24. Januar. (Drahtbericht.) Die polnischen Linksparteien treten neuerdings mit einer scharfen Kritik der Minderheitenpolitik der Regierung auf. Sie nennen diese „eine rein negative Repressionspolitik“ und weisen dabei auf die Ukrainerprozeduren in Galizien hin, auf die Klage des deutschen Volksbundes, auf die neue große weißrussische Affäre unter anderem. Wie verlautet, wird jetzt der Plan erwogen, beim Ministerrat ein Unterstaatssekretariat für Minderheitenfragen zu gründen und dieses dem polnischen Militärattaché in Brest-Litovsk, Oberst Slawek, einem Anhänger Pilsudskis, anzuvertrauen.

Die letzten Personalveränderungen in der Regierung (Ernennung Dobrudis und Michajlows) haben die linkspartheiliche Tendenz des Kabinetts verstärkt, die durch Bartel, Moraczewski, Czehowicz und Jurkiewicz ohnehin vorhanden ist. Man sieht voraus, daß bei kommenden Abstimmungen die Unterstützung der Linksparteien öfter notwendig sein wird. Doch genügt Pilsudski nicht die den Rechtspartheien nahestehenden Minister Niezabinski, Myszajewicz, Komoni und Kwiatkowski aus dem Kabinett zu entfernen.

Warschau, 25. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Zu Beginn der Diensttagssitzung des Sejm protestierte der weißrussische Abgeordnete Sobolewski gegen die Verhaftung der fünf weißrussischen Abgeordneten und beantragte deren sofortige Freilassung. Der Sejm-Marschall widersetzte sich diesem Antrag und erklärte, daß der Sejm lediglich eine Nichtauslieferung der Abgeordneten beschließen könne, während das Recht der Intervention wegen Freilassung der verhafteten Abgeordneten nur ihm als Sejm-Marschall zustehe. Er wird jedoch von diesem Rechte keinen Gebrauch machen, da das ihm vom Justizminister übergebene Belastungsmaterial genügt für die Verhaftung der Abgeordneten enthalte. Hierauf führte der Justizminister Bartel aus, daß die Auslieferung der fünf Abgeordneten, deren verbrechenstypische Tätigkeit durch die in seinem Besitz befindlichen Dokumente und Unterlagen hinreichend bewiesen sei, für den Sejm eine traurige Staatsnotwendigkeit darstelle. Die aufgedeckte antisemitische Aktion habe ein rasches Vorgehen der Regierung verlangt, so daß die Verhaftung erfolgen mußte. Auch in Zukunft werde die Regierung derartige staatsfeindliche Aktionen mit aller Schärfe bekämpfen. Während der Rede des Justizministers Bartel machte ein kommunistischer Abgeordneter Zwischenrufe, indem er den Justizminister „Bercher der Kaiserin Katharina von Rußland“ nannte, worauf ihn der Sejm-Marschall auf einen Monat von den Sejm-Sitzungen ausschloß. Darauf wurde der Regierungsantrag auf Auslieferung der fünf Abgeordneten an eine Kommission überwiesen.

Die fünf Abgeordneten sind als Protest gegen ihre widerrechtlich erfolgte Verhaftung in den Hungerstreik getreten.

Der amerikanische Senat für ein Schiedsgericht in der Mexikofrage.

Washington, 25. Januar. (Drahtbericht.) Der Senat nahm die Resolution des Senators Robinson, die die Verweisung des Konfliktes mit Mexiko vor ein Schiedsgericht fordert, an.

Aus aller Welt.

Das Hochwasser der Ober.
Die Oberhochwasserwelle hat jetzt die Stettiner Gegend erreicht. Von Schwedt bis Stettin sind alle Uferwiesen überschwemmt. In den Oberstädten oberhalb Stettins reicht das Wasser vielfach bis an die Häuser. Mehrere Landstraßen sind überflutet. Bei Rippowitz wurde die Flut eines Schuttdamms überflutet.

Falsche Rentenbankscheine.
Von den Rentenbankscheinen zu 50 Mark ist in Berlin neuerdings eine Fälschung aufgetaucht. Die Direktion der Deutschen Rentenbank hat auf die Ergreifung der Fälscher eine Belohnung bis zu 10 000 Mark ausgesetzt.

Immer mehr Altendiebstähle in Berlin-Moabit.
Die Moabit Gerichtsbehörden haben, wie heute gemeldet wird, bisher vierzig neue Fälle von Altendiebstählen festzustellen. In diesem Zusammenhang verlaute, daß diese Feststellungen noch eine ganze Reihe von Verhaftungen zur Folge haben werden.

Die Tragödie im Finanzamt Kempten.
Der elfjährige Sohn des Kaufmanns Hackbusch ist der schweren Kopfverletzung erlegen, die ihm sein Vater auf dem Finanzamt Kempten beigebracht hatte. Obwohl Hackbusch bei seiner Vernehmung zugegeben hat, schon seit Mitte Dezember den Mann gehetzt zu haben, den Steuersekretär, der die Bücher seines Betriebes nachgeprüft hatte, zu erschließen, wurde er vom Untersuchungsrichter auf freien Fuß gesetzt. Der Beamte des Finanzamtes hat sich deshalb eine begriffliche Erregung bemächtigt, da der Untersuchungsrichter auf freien Fuß gesetzt. Der Beamte des Finanzamtes hat deshalb gegen die Haftentlassung Beschwerde eingelegt.

Selbstmord vor den Augen der hilflosen Frau.
Der Schlosser Lindner hat sich im Schlafzimmer seiner Wohnung in der Berliner Wilsdrufferstraße vor den Augen seiner seit Jahren vollständig gelähmten Frau an der Lärzlinke erhängt. Die Frau rief laut um Hilfe, war wurde jedoch zu spät darauf aufmerksam. Der Mann hat die Tat aus Verzweiflung über die Krankheit seiner Frau begangen.

Groß-Preußen mit erweiterter Provinzial-Autonomie?

Eine Anfrage aus Hamburg.

Einen bemerkenswerten Appell richtet das sozialdemokratische „Hamburger Echo“ in der Frage der Reichseinheit an die preussische Regierung. Unser Hamburger Parteiblatt gibt einen historischen Ueberblick über das Verfaßten der Einheitsstaats- und der Neugliederungsbestrebungen, der dem preussischen Standpunkt gerecht zu werden sucht. Es stellt fest, daß die in Preußen führenden Parteigenossen Otto Braun, Erzellinski, Severing usw. jetzt praktisch abwarten zu können glauben, bis eine Anzahl von kleinen Zwergstaaten aus finanziellen und wirtschaftlichen Gründen den Anschluß an den größten norddeutschen Bundesstaat gewinnen müßten. Dann heißt es weiter:

„Die Stellungnahme der Hamburger Sozialdemokraten und des Staates Hamburg ist bekannt; sie enthält einen Appell an die Reichsvermittlung. Preußens Haltung verweigert jede Gebietsabtretung. Hamburg erlangt nicht, was es als Stadstaat braucht. Preußen will Hamburg in die Enge sperren, die die Entwicklung seines Hafens unmöglich macht; neben dem Hamburger soll ein preussischer Hafen entstehen. Das ist eine andere Form des Eisenbahnkrieges, den einst Preußen gegen Leipzig (und Sachsen) und gegen Mainz führte, die gegenseitige Schädigung wird an der Unterelbe noch weit schlimmer sein. Geschädigt wird selbstverständlich auch die Gesamtwirtschaft, geschädigt die gesamte Wohnerschaft im Unterelbegebiet.“

Westpolitik haben wir jetzt den Völkerbund, dem jede Streitfrage vor der Kriegserklärung vorgetragen werden muß. Gibt es für innerdeutschen Streit keine solche Instanz? Sollte nicht Preußen gehalten sein, der deutschen Öffentlichkeit praktische seine Absichten vorzutragen? Aus Bremen liegen Betreibungen vor, die darauf schließen lassen, daß dort nicht unter allen Umständen auf eigener Staatlichkeit bestanden wird, Entfaltungstraum und Autonomie im Hafenwesen würden genügen. In Hamburg wurden solche Stimmen bisher nicht laut, aber es läßt sich die Probe an: mag Preußen sagen, ob es bereit wäre, ein preussisches Groß-Hamburg zu schaffen, reichend von Geesthacht bis Schulau, linkselbisch bis Bugzude herunter, mit genügendem Ausbreitungsgebiet und mit einer Autonomie, die ihm verwaltungsmäßig und finanziell ermöglicht, seinen Beruf als Tor des Welthandels zu erfüllen. . . . Vielleicht könnte die Demokratie dann einen gemeinsamen Weg finden.“

Man wird sagen dürfen, daß dem groß-preussischen Gedanken noch nie ein größeres Entgegenkommen gezeigt wurde. Im Gegensatz zu den Parteigenossen der Preußen-Regierung glauben wir zwar, daß der Weg zu einem deutschen Einheitsstaat über Groß-Preußen tatsächlich schon deswegen nicht zum Ziele führen muß, weil diese Form des Einheitsstaatsgedankens in allen Kreisen Süddeutschlands (auch denen unserer Partei) am unpopulärsten ist und dort den stärksten Widerstand auslösen wird. Wenn aber nun einmal der Versuch mit dem groß-preussischen Wege zum Einheitsstaat gemacht werden soll, so ist ihm in diesem Hamburger Vorschlag wohl die beste Brücke gebaut, die er überhaupt je erhalten wird. Auch das süddeutsche Problem könnte durch erweiterte preussische Provinzialautonomie noch relativ am besten in diesen Lösungsversuch einbezogen werden. Der Gedanke der Neugliederung wird darin ja zwar nicht an den Anfang der Einheitsstaatsreform, aber vermutlich an sein Ende gestellt werden.

Zulagen in der Richtung, wie sie von Hamburg aus vorgeschlagen wird, sollten den maßgebenden Männern in Preußen auch schon deswegen nicht schwer fallen, weil sie zugleich im Interesse der inneren Demokratie die preussische Staatsreform liegen. Das ist auf schließlichen Parteikonferenzen — zuletzt besonders gründlich von einem so guten Kenner der preussischen Verwaltung wie unserem Landtagsabgeordneten Gen. Dr. Hamburger — wiederholt dargelegt worden. Seinen Reden über dieses Thema und seinen sie ergänzenden und begründenden Beiträgen in der „Gesellschaft“ können auch praktische Vorschläge entnommen werden, wie eine solche erweiterte Selbstverwaltung im Rahmen des preussischen Staates aussehen müßte, um den Weg zum deutschen Einheitsstaat zu öffnen und ihn nicht durch neue Begünstigung der Kirchturnspolitik zu verbauen.

Unschuldig verurteilt.

Das Große Schöffengericht Stuttgart hatte im vergangenen Jahre den Kraftwagenführer Rittan Schwarz aus Ellwangen auf Grund von Zeugenaussagen zu 3½ Jahren Zuchthaus verurteilt, weil er mindestens fünfzig schwere Einbrüche in Bauerngehöfte verübt haben sollte. In der Berufungsverhandlung wurde das Urteil auf zehn Monate Gefängnis ermäßigt. Die Einbruchsdiebstähle gingen aber weiter, auch als Schwarz seine Strafe verbüßte. Nach längerer Zeit gelang es der Kriminalpolizei, in der Person eines Malers Eugen Glaser aus Wachsenburg zu verhaften. Glaser wurde jetzt vom Stuttgarter Großen Schöffengericht zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt. Gleichzeitig beantragte die Staatsanwaltschaft in einem Wiederaufnahmeverfahren vor der Großen Strafkammer des Stuttgarter Landgerichts, den unschuldig im Gefängnis sitzenden Schwarz freizusprechen. Das Gericht folgte diesem Antrag und sprach Schwarz für die unschuldig verbüßte Gefängnisstrafe eine Entschädigung zu.

Ein Stilkäufer tödlich verunglückt.

Die Thüringer Stimmelschiffahrt, die bei den besten Schneeverhältnissen in der Umgebung von Lauscha ausgetragen wurde, hatte leider einen bedauerlichen Unglücksfall im Gefolge. Im 16-Kilometer-Lauf kam bei der Abfahrt der Käufer Eberhard (Neuhaus am Kennsteig) so unglücklich zu Fall, daß er mit einem Schädelbruch tot liegen blieb.

Kampf um ein Affenweibchen.

Im Zoologischen Garten in London kam es unter den fleißig abgestellten Pavianen zu einem heftigen Kampf um ein Weibchen. Die Affenherde, die auf einer großen fleißigen Anlage hause, hatte sich in zwei Parteien gespalten. Bald war das umstrittene Weibchen im Besitz der einen, bald in dem der anderen. Die Wärrer waren außerstande, den Kampf, der über zwei Stunden dauerte, zu schlichten. Als endlich Ruhe eintrat wußten sie nicht, daß das Weibchen tot war. Schweigend verformelte sich die ganze Herde um den toten Körper. Nach einiger Zeit trennten sich die Gegner, worauf von jeder Seite ein Männchen an die Leiche herantrat und den toten Körper durch das Spalter der Affenherde in einen Teich warf. Daraufhin jogten die Weibchen Affen in ihre Lager zurück, um ihre Wunden zu pflegen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 26. Januar.

Ein Besuch im Schlachthof.

Große Erweiterungsarbeiten geplant.

Am gestrigen Dienstag hatte die Schlacht- und Viehhofstation zur Uebergabe der neuen Kantine eingeladen. Der mit einem Kostenaufwand von 66 500 Mark errichtete ist in zeitgemäß einfachem Stil gehalten und macht einen Eindruck. Der Saalraum im Erdgeschoß ist 150 Quadratmeter groß. Daneben liegt ein kleineres „Meisterzimmer“ sowie Küche. Im Obergeschoß befinden sich sieben Büroräume, die vermietet werden, die mit den Schlachthofbesuchern Geschäfte treiben. Das Haus ist in Rohbau ausgeführt. Die Eingänge sind Sandsteinreliefs von Bildhauer Ulrich angebracht, die auf das Leben im Schlachthof verweisen.

Magistratsbaurat Schirmer als Erbauer der Gaststätte übertrug die Einzelheiten des Baues und übergab das Haus in Obhut des Schlachthofdirektors Dr. Scheel. Stadtrat Ziegler dankte als Delegierter des Schlachthofes allen, die an Bau mitgewirkt haben, und Oberbürgermeister Dr. Wagner die Hoffnung aus, daß das Personal des Schlachthofes in die notwendige Erholung finden möge.

Zu der Schlachthofse wurden dann die Geladenen mit Eiswein bewirtet. Dabei gab Stadtrat Ziegler Kenntnis von großen Bauplänen, die verwirklicht werden sollen. Glücklich werden sie den Stadtsäckel nicht besonders belasten, da der Schlachthof erhält sich selbst. Der Umfang der Schlachthofarbeiten hat bei Kindern, Kälbern und Schafen den Stand der Kriegszeit erreicht. Bei Schweinen ist das noch nicht der Fall, wegen der Sommergrube der Eisenbahn kann jetzt nur ein Schlachtag in der Woche stattfinden, statt zwei in der Vorkriegszeit. So müssen jetzt an einem Tage 2000 Schweine geschlachtet werden gegen 1500 vor dem Kriege. Das erste wird mithin der Bau einer Schweineschlachthalle sein, die sich an die alte Halle anschließt. Die Schweine sollen dann auch der Halle unterirdisch abtransportiert werden, um den Fuhrwerkverkehr im Schlachthof nicht zu stören. Erweitert wird auch die Grobviehställe, ein Laboratorium auf dem Polizeischlachthofe muß vergrößert werden, da die bakteriologischen Untersuchungen auf 2700 in der Woche angewachsen sind. Aus Antiseptika hofft man den Bau der Fleisch-Großmarkthalle zu beschleunigen, der ebenfalls notwendig ist, um den Ladenschiffen den Verkehr mit den Grobviehställen zu erleichtern. Weiter erfordert auch das Maschinenhaus eine Vergrößerung. Da zu allem besondere Mittel der Stadt nötig, hofft der Redner, daß sich die Stadtverordneten bewilligend zu den neuen Plänen stellen werden.

Obermeister Kiefer schätzte gleichfalls, daß die Verhältnisse auf dem Schlachthof ungesund geworden sind, deshalb hat auch die Meierei einig, daß die Erweiterungen erfolgen müssen. Für die Gebühren, die sie zu zahlen haben, dürfen sie Hoffnung hegen, daß ihnen ihre Arbeit durch entsprechende Einrichtungen erleichtert wird.

Für Arbeitgeber.

Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß die Abgabe der Steuerüberweisungsblätter mit Nr. 17 und 18 und die Zusammenstellung sowie der Steuerlisten in den Bezirken für 1927 bis spätestens 31. Januar 1927 erfolgt sein muß. Die Verlängerung dieser Frist hat der Reichsminister der Finanzen nur für diejenigen Betriebe zugelassen, in denen bis zum 15. Januar 1927 die Lohnabrechnung für 1926 noch nicht abgetan war. In diesen Fällen ist dem zuständigen Finanzamt eine Darlegung der Verhältnisse vor dem 31. Januar 1927 abzugeben, damit eine im Laufe des Februar endende Prüfung für die Einreichung der Steuerabzugsbelege vereinbart werden kann. Auf die Genauigkeit der Ausfüllung der vorliegenden Vordrucke, die von den zuständigen Finanzämtern kostenlos abgegeben werden, wird im Interesse des Arbeitgebers besonders hingewiesen, da er sonst mit Rückfragen rechnen muß, die spätere Nichtigstellungen bekanntlich stets mehr Mühe verursachen als sofortige Erledigung.

Eine kritische Frage.

Bei der Schlesischen Heimstätten-Gesellschaft wurde bis zum Ende 1924 ein Teil der Angestellten nach dem Großhandelsstarif ein Teil nach dem Gehalt des Reichsangehörigkeitsstarifs bezahlt. Im Jahre 1924 führte die Gesellschaft für alle Angestellten die Zahlung nach dem Beamtenbesoldungsgehalt ein. Die jeweiligen Gehälter des Reichsangehörigkeitsstarifs sollten also maßgebend sein. Da der Beamtenbesoldungsgehalt im Gegensatz zum Angestelltenstarif seit Jahren keine Erhöhungen mehr stattgefunden haben, wurde den Beamten bekanntlich zu Weihnachten eine sogenannte Weihnachtshilfe gewährt. Die Angestellten der Schlesischen Heimstätten-Gesellschaft verlangten nun auch für sich eine solche Weihnachtshilfe. Da deren Zahlung verweigert wurde, strengte sie seit 1921 dort tätige Angestellte eine Klage beim Landesarbeitsgericht an. Die Beklagte begründete die Nichtbewilligung mit, daß ihre Angestellten nicht als Beamte im Sinne der Weihnachtsbesoldung anzusehen seien. Auch sei infolge Unterbilanz in der Lage, die Gratifikation, die für alle Angestellten im Jahre 2000 Mark ausmachen würde, zu zahlen. Diese Beamtenhilfe sei auch nicht als Teil des Gehalts anzusehen; das sei die Tatsache, daß das Stadtparlament bei Bewilligung von Sonderzulagen für Kommunalbeamte, die doch auch nach dem Beamtenstarif bezahlt werden, immer erst besonders darüber abstimmt.

Im übrigen erklärte sich die Beklagte bereit, 50 Prozent Beamtenbeihilfe den Angestellten zu gewähren. Das Gericht hat zur Beurteilung die Beklagte zur Zahlung der Gratifikation in der Höhe. Es ging von der Ansicht aus, daß eine Aufwertung der Gehaltsgruppen 1 bis 12 nicht zu umgehen sei, also die Weihnachtshilfe gewissermaßen eine antizipierende Beihilfe ein Vorstufung auf die Besoldungserhöhung. Da die Heimstätten-Gesellschaft zugibt, daß die Entlohnung ihrer Angestellten nach den jeweils geltenden Gehältern des Reichsbesoldungsgehaltes statt finden sollte, darf sie natürlich sich nicht weigern, ihnen auch die den Beamten von der Kommune gewährte Gratifikation zu geben.

Großfeuer am Striegauer Platz.

In der vergangenen Nacht, gegen 2 Uhr, wurde die Feuerwehr durch mehrere Feuermelder zu einem erheblichen Schadenfeuer in der Futtermittel-Großhandlung Karl Hamisch auf dem ehemaligen Fabrikgrundstück der Vinkel-Hofmann-Werke, Striegauer Straße 3, alarmiert. Als der Wächter des Grundstücks das Feuer bemerkte, schlugen bereits die Flammen zum Dach hinaus, so daß beim Eintreffen der Feuerwehr das ganze 30x25 Meter große einstöckige Gebäude vom Feuer ergriffen war. Es war von vornherein klar, daß das brennende Gebäude nicht mehr zu halten war. Das Hauptaugenmerk mußte daher darauf gerichtet werden, das angrenzende dreistöckige Gebäude mit seinen großen Tischlerei-Betrieben und seinen Lagerräumen zu schützen. Die Gefahr des Uebergreifens war hier besonders groß, da das Dach dieses Gebäudes bereits brannte und die Fenster der im obersten Geschoß gelegenen Tischlerei, die unmittelbar über dem Brandobjekt lagen, vom Feuer ergriffen waren. Auch nach Osten zu bestand Gefahr, daß das Feuer sich ausdehnte, da hier die Trennungswand nur aus Holz bestand, in deren Nähe eine Anzahl Lastkraftwagen stand.

Die zuerst auf der Brandstelle eintreffenden Züge der Feuerwehr 8 und Hauptwache genügten bei der Ausdehnung des Feuers nicht, um alle erforderlichen Maßnahmen durchführen zu können. Durch die Depesche: „Großfeuer“ wurden daher noch weitere Züge alarmiert und zur Brandstelle beordert. Unter Leitung des Branddirektors Dr. Kaiser und der Brandingenieur Hoffmann I und Jaay wurden im ganzen 9 Schlauchleitungen angelegt, die von zwei Motorspritzen und vier Hydranten Wasser erhielten. Vorher hatten schon Angestellte des Grundstücks versucht, mit zwei Schlauchleitungen des Feuers Herr zu werden. Nachdem das Dach der Futtermittelhandlung in sich zusammengesunken war, gelang es der Feuerwehr bald, das Feuer in die Gewalt zu bekommen und seine Ausdehnung nach West und Ost zu verhindern. Die im Westen liegende Tischlerei blieb vollkommen unversehrt und die im Osten aufgestellten Lastkraftwagen wurden nur zum Teil leicht beschädigt.

Neu! abends 8 Uhr: Leo Erichsen im großen Saale des Gewerkschaftshauses

Wegen 4 Uhr konnte die Depesche: „Feuer aus“ abgegeben werden. Da im Innern des Gebäudes Stroh und Futtermittel brannten, es sollen circa 1500 Zentner Stroh, 200 Zentner Hafer, sowie kleinere Mengen Weizen und Ackergerste gelagert haben, flackerte das Feuer immer wieder auf, weil es durch den heftigen Wind angezogen wurde. Erschwern wurden die Löscharbeiten durch das Frostwetter, da die Leitern und Dächer durch Sprühwasser schnell vereisten und infolge ihrer Glätte die Mannschaft gefährdet wurde. — Unfälle sind bei dem Dachsturz bis auf geringfügige Verletzungen nicht zu beklagen. Ueber die Entschädigungsurfrage konnte bisher nichts ermittelt werden. Die Aufräumungsarbeiten dauern zurzeit noch an.

Politische Bildungskurse der SPD.

Die von der Partei vorgelegenen Bildungskurse in Form von Arbeitsgemeinschaften nehmen ihren weiteren Fortgang. Die Kenntnis der Kommunalpolitik ist für jeden Parteigenossen von größtem Wert. Dieser Abend am 5. Februar, 8 Uhr, im Zimmer 11 des Gewerkschaftshauses. Wir arbeiten an dem Thema: „Die Einführung in die Städteordnung“. Redner: Rechtsanwalt E. Bandmann.

Die Genossinnen und Genossen, die sich schon eingeschrieben haben, müssen bestimmt erscheinen. Weitere Meldungen bis Donnerstag, den 3. Februar, im Parteisekretariat, Gewerkschaftshaus, Zimmer 37, erbeten.

Die Wärenhochzeit.

Dieser gewaltige russische Film wurde von der Filmprüfstelle Berlin zweimal verboten. Bei der dritten Prüfung wurden 4 1/2 Meter herausgeschnitten, aber sonst in unveränderter Fassung freigegeben.

Dieses Filmdrama, das im 19. Jahrhundert den Kampf zwischen Adel und Bauern in Litauen charakterisiert, läuft am 27. und 28. Januar in dem Gewerkschaftshaus-Lichtspielen. Vorher läuft die Ufa-Wochenschau mit der Besetzung des großen russischen Diplomaten Leonid Krasin in Moskau. Ferner in einem Sonderfilm die Besetzung des Metallarbeiter-Verbandsvorsitzenden Robert Dymann. In dieser Woche bringt die Leitung ein ganz besonderes gutes Kulturprogramm heraus. Das Filmreich Indien mit seinen „Indischen Spielen“ dürfte jeden sportbegeisterten Filmbejücker ganz besonders interessieren.

Die Vorführungen sind für Kinder und Jugendliche verboten!

Drei Stunden in der Sportarena.

Bei dem am kommenden Sonntag stattfindenden Dreistundenrennen werden sich folgende 13 Paare dem Starter stellen: Letourneur-Knappe, Martinelli-Beja, Duracove-Rieger, Fauchez-Kruppal, van Red-Burjette, Pagnoul-Duray, Lorenz-Tisch, Kroll-Miethe, Mülbach-Seifert, Häusler-Rosenberg, Krollmann-Stupinski, Thomas-Martin, Kroschel-Schmer.

Auch bei dieser Generalprobe zu dem vierten Breslauer Sechstagerrennen hat man diejenigen deutschen Fahrer, die in der Hauptfrage für diese lange Prüfung in Betracht kommen, mit erstklassigen Ausländern gepaart, um diesen Gelegenheit zu geben, sich die Finessen der heutigen jagdenreichen Mannschaftsrennen in erhöhtem Maße anzueignen. Durch die Verbindung der schnellen Leute mit den starken Tempofahrern werden bei diesem Rennen auch die Wertungen einen weitaus stärkeren Anreiz erhalten.

Der Betrugprozeß Böhms.

Die Hälfte der Zeugen waren am Dienstag nachmittag im Prozeß gegen Böhms und Genossen bereits vernommen. Obwohl die Hauptangeklagten durch die große Zahl der Zeugen erheblich belastet wurden, bestreitet Böhms auch weiterhin, sich des Betruges schuldig gemacht zu haben und sucht jeden Betrugsfall zu entkräften. Anders machte es der Angeklagte Kastner; er ließ am Dienstag durch seinen Verteidiger die Erklärung abgeben, er habe in einer Anzahl von Fällen das den Darlehnsuchern vorgelegte Wechselformular absichtlich so zusammengelegt, daß die Kunden nicht sehen konnten, daß sie eine wechselseitige Verpflichtung eingegangen. Er habe auch genau gewußt, daß er in der damaligen Zeit Geld zu 6 Prozent nicht beschaffen konnte. Wenn er trotzdem den Leuten das Geld zu so niedrigem Zinssatz angeboten habe, so war es, um sie zu täuschen.

Entgegen diesem Verhalten des Kastner stellte Böhms Bweisanträge, daß er mit Banken in Verbindung stand, die Geld zu 7 und 8 Prozent verliehen. Wie sich dann herausstellte, bedarf aber dieser Antrag keiner Nachprüfung, denn, wie in den Akten steht, handelt es sich um eine Bank, die hohe Geld-

beträge zu diesem Zinssatz nur für Kommunen bereitstellt. Der weitere Antrag des Böhms, daß er Betriebsdirektor für Schlessen der landwirtschaftlichen Betriebsgesellschaft Chemnitz gewesen sei, wurde vom Gericht als wahr unterstellt.

Nach Vernehmung einer Reihe von Geschädigten erwiderten besonderes Interesse die Aussagen der Wohnungsinhaberinnen, die unter den Geschädigten des Böhms und Kastner auf der Auguststraße wohnte. Sie erzählte von der großen Unruhe, die nicht nur am Tage, sondern auch in der Nacht war; denn häufig wurde bis frühmorgens gelacht und geläutert. Diese Aussage gefiel dem Böhms nicht besonders und er erklärte, daß die Zeugin übertriebe. Der Staatsanwalt wies ihn aber darauf hin, daß er noch mehr Zeugen für diese nächtlichen Orgien habe.

Die frühere Angeklagte, die dann noch gehört wurde, machte dieselben Angaben, wie die beiden jungen Mädchen am Montag. Es sei sehr viel zu tun gewesen, so daß zahlreiche Ueberstunden gemacht werden mußten. Diese Tatsache nützt Böhms sofort wieder für sich aus, indem er erklärt, das sei doch der beste Beweis dafür, wie im Interesse der Darlehnsucher gearbeitet wurde. Wie die weiteren Vernehmungen zeigten, scheint der Angeklagte Böhms doch erheblich mehr an der Sache beteiligt zu sein, wie es zunächst den Anschein hatte.

Die besondere Not Breslaus.

Der zweite diesjährige Winterportrat vor den Beamten und Angestellten der Breslauer Fürsorgeämter, den Professor Dr. v. Auer hielt, zeigte in seinem ersten Teile, daß man von einer besonderen Notlage Breslaus sprechen dürfe, wie sie andere Großstädte unserer deutschen Heimat nicht kennen, und in seinem zweiten Teil forschte er den Ursachen dieser für uns Breslauer so traurigen Tatsache nach.

Wer als Fremder, so führte er aus, aus dem Süden oder Westen Deutschlands zum ersten Male Breslau besucht, dem fällt schon auf den Straßen auf, daß die arbeitende Bevölkerung in Aussehen und Kleidung einen armen und dürftigen Eindruck macht. Ein Blick gar erst in die Statistik des Breslauer Wohlfahrtsamtes zeigt, daß es mit der Zahl seiner in der Wohlfahrtspflege Betretenen fast alle gleich großen Städte weit übertrifft, daß Breslaus Wohlfahrtsausgaben ins Unermessliche gestiegen sind. Nur die besondere Wohnungsnot Breslaus spricht die Tatsache, daß Breslau bekanntlich die Stadt mit den meisten Kleinwohnungen, den sogenannten Zwergwohnungen, ist und von einer außerordentlich großen Wohndichte. Die Wohnungsverhältnisse sind an anderen Großstädten gemessen, mit am schlechtesten in ganz Preußen.

Wo liegen die Ursachen der besonderen Notlage Breslaus? Der Redner erwähnte zuerst die Behauptung, ohne allerdings, wie er sagte, die Richtigkeit prüfen zu wollen oder zu können, daß Breslaus Wohlfahrtspflege weitherziger verfährt als die anderer Städte, und daß deshalb die Zahlen für die Betretenen aller Art und die hieraus sich ergebende finanzielle Belastung der Stadt so unermeßlich gestiegen ist, ja, im Gegensatz zu den anderen Städten als „unwahrscheinlich groß“, als „ganz unglaubwürdig groß“ gilt und wegen dieser Größe als geeignet erachtet, die so notwendige Hilfe von Reich und Staat zu beeinträchtigen.

Wichtig ist, daß das Wohlfahrtsamt Breslaus viel, sehr viel tut, aber es steht sich dazu gezwungen durch die ganz besondere Not, wie sie in Breslau herrscht.

Als erste von vier Hauptursachen dieser besonderen Not erwähnte Redner die besondere Zusammensetzung der Breslauer Bevölkerung. Eine große Zuwanderung aus den östlichen Teilen der alten Gesamtprovinz und aus den angrenzenden östlichen Ländern nach Breslau hat seit Jahren schon stattgefunden. Es handelt sich da um aufstrebende Elemente, die sich im Orange nach dem Westen bessere Existenz- und Kulturbedingungen zu schaffen wünschen, die aber in ihrer Kultur den Eingewohnten nachstehen und ohne wirtschaftlichen Rückhalt gar schnell der Wohlfahrtspflege anheimfallen. Wo sie wirklich festen Fuß fassen, verdrängen sie bei der großen allgemeinen wirtschaftlichen Not und dem Niederdarben von Handel und Wandel Anfänger und bringen diese in Abhängigkeit vom Wohlfahrtsamt.

Als zweite Hauptursache bezeichnete Redner die Tatsache, daß Breslau vor allem Handelsstadt ist und als solche infolge des schweren Daniederliegens des Handels durch die wirtschaftliche Notlage einerseits und andererseits durch seine geographische Lage, durch den Verlust vieler Absatzwege usw. schwer betroffen ist. Der Hinweis müsse genügen, so meinte der Redner, daß bei den vom Wohlfahrtsamt betreuten Personen aus kaufmännischen Berufen über 50 Prozent Selbständige festgesetzt wurden. Wäre Breslau mehr Industriestadt — und im Verhältnis zur Größe und Bedeutung der Stadt müßte eigentlich die Industrie mehr vertreten sein —, so stände es besser. Metallindustrie, Waggobau, chemische Industrie, Spezialwerke, wie sie sich etwa in Magdeburg finden und auch in Zeiten besonderer Not noch löhrende Beschäftigung gehabt haben, sind hier nur ganz vereinzelt vorhanden. Die tiefste Arbeitslosigkeit in den großen Industrien ist eine gewaltige — allein in der Metallindustrie etwa 10 000 Arbeiter —, sie tritt aber zahlenmäßig im Vergleich zu vielen anderen dadurch zurück, daß eben die Industrie in unserer Stadt gegenüber dem Handel einen nicht sehr großen Umfang annimmt.

Noch andere Ursachen der besonderen Not in Breslau mußte Redner zu schildern. Es gelang ihm, nachzuweisen, daß in Breslau viel früher — etwa 10 Monate eher — als in anderen Großstädten die Not der Erwerbslosigkeit einsetzte, und daß sie auch weit länger anhält als anderswo. Die hohe Zahl der Kriegsgeschädigten erklärte der Redner damit, daß Breslau als Grenzstadt während des Krieges überaus stark mit Lazaretten belegt gewesen ist, und daß viele hier Verspottete aus der besonderen Art ihrer Beschädigungen und der hier gefundenen Pflege, vielleicht auch aus sonstigen Gründen, weil ihnen Breslau anlagte, hier sozulagen hängen geblieben sind.

Redner schloß mit dem Hinweis, daß seine Ausführungen nur Anregungen geben sollten zum eigenen Nachdenken und Forschen über die Ursachen, die zu dieser hier, „unwahrscheinlichen und anderswo für unmöglich“ gehaltenen Not eines großen Teils unserer Breslauer Bevölkerung geführt haben, die so gebieterisch um Abhilfe schreit.

* Wiederkonzert im Krankenhaus. Am 9. Januar veranstaltete die Konzertfängerin Fräulein Johanna Elisabeth Hoppe ein Lieder-Konzert für die Kranken in Allerheiligen. Die hochbegabte junge Künstlerin sang Lieder von Brahms, Schubert, Beethoven, Wolff, die Zuhörerhaft lauschte andächtig und bezeugte ihre Dankbarkeit durch starkes Beifallstuscheln. Fräulein Hoppe hatte sich in gütiger und freundlicher Weise der Sozialen Krankenhaus-Fürsorge zur Verfügung gestellt.

Ihre Nachbarin

ist gesund und froh, sie trinkt aber auch täglich den gesunden u. wohlschmeckenden „Seelig's kand. Kornkaffee“. Ueberall zu haben. Pfundpaket nur 50 Pfg.

Milchmaid Brand
Schokolade
SAHNE-MANDEL-SCHOKOLADE
SAHNE-KROKANT-SCHOKOLADE
Hauptvertretung: Franz Hansel, Yorckstraße 19
Fabriklager: Feraruk, Steph. 36890

Fußball.

Spiele am Sonntag, den 30. Januar.

Table with 4 columns: Spiel, Ort, Schiedsrichter, and other details for football matches.

Serienspiele am Sonntag, den 30. Januar.

Table with 4 columns: Spiel, Ort, Schiedsrichter, and other details for series games.

Zu den auf dem Sternplatz am 30. Januar stattfindenden Spielen sind folgende Sportgenossen um 12.30 Uhr als Linienrichter anwesend...

Kreis-Winterportreffen

des 14. Kreises von Arbeiter-Turn- und Sportbund. Am 30. Januar findet im GutsMuths ein Kreis-Winterportreffen des 14. Kreises von Arbeiter-Turn- und Sportbund statt.

des 14. Kreises von Arbeiter-Turn- und Sportbund. Am 30. Januar findet im GutsMuths ein Kreis-Winterportreffen des 14. Kreises von Arbeiter-Turn- und Sportbund statt.

des 14. Kreises von Arbeiter-Turn- und Sportbund. Am 30. Januar findet im GutsMuths ein Kreis-Winterportreffen des 14. Kreises von Arbeiter-Turn- und Sportbund statt.

des 14. Kreises von Arbeiter-Turn- und Sportbund. Am 30. Januar findet im GutsMuths ein Kreis-Winterportreffen des 14. Kreises von Arbeiter-Turn- und Sportbund statt.

des 14. Kreises von Arbeiter-Turn- und Sportbund. Am 30. Januar findet im GutsMuths ein Kreis-Winterportreffen des 14. Kreises von Arbeiter-Turn- und Sportbund statt.

des 14. Kreises von Arbeiter-Turn- und Sportbund. Am 30. Januar findet im GutsMuths ein Kreis-Winterportreffen des 14. Kreises von Arbeiter-Turn- und Sportbund statt.

des 14. Kreises von Arbeiter-Turn- und Sportbund. Am 30. Januar findet im GutsMuths ein Kreis-Winterportreffen des 14. Kreises von Arbeiter-Turn- und Sportbund statt.

des 14. Kreises von Arbeiter-Turn- und Sportbund. Am 30. Januar findet im GutsMuths ein Kreis-Winterportreffen des 14. Kreises von Arbeiter-Turn- und Sportbund statt.

des 14. Kreises von Arbeiter-Turn- und Sportbund. Am 30. Januar findet im GutsMuths ein Kreis-Winterportreffen des 14. Kreises von Arbeiter-Turn- und Sportbund statt.

des 14. Kreises von Arbeiter-Turn- und Sportbund. Am 30. Januar findet im GutsMuths ein Kreis-Winterportreffen des 14. Kreises von Arbeiter-Turn- und Sportbund statt.

des 14. Kreises von Arbeiter-Turn- und Sportbund. Am 30. Januar findet im GutsMuths ein Kreis-Winterportreffen des 14. Kreises von Arbeiter-Turn- und Sportbund statt.

des 14. Kreises von Arbeiter-Turn- und Sportbund. Am 30. Januar findet im GutsMuths ein Kreis-Winterportreffen des 14. Kreises von Arbeiter-Turn- und Sportbund statt.

des 14. Kreises von Arbeiter-Turn- und Sportbund. Am 30. Januar findet im GutsMuths ein Kreis-Winterportreffen des 14. Kreises von Arbeiter-Turn- und Sportbund statt.

Gen. Generalversammlung. Einen Beweis für den Erfolg, der einem Jahre zäher, unermüdblicher Arbeit...

Herrmannsdorf. Protestversammlung. Am Sonntag, den 29. Januar, abends 7 1/2 Uhr, findet für die Mieter von Herrmannsdorf...

Leipzig-Petersdorf. Gründungsfeier der SPD. Die hiesige neu errichtete Ortsgruppe begeht am Sonntag, den 30. Januar, ihre Gründungsfeier...

Aus Schlesien. Weiteres Vordringen der Bismarcke. Während bisher Bismarcken in Nieder-Schweheltdorf bei Glatz...

Ober-Polnien, Kreis Waldenburg. Tod durch den Spirituslöcher. Im Familienhause der Bieche in Ober-Polnien...

Gen. Generalversammlung. Einen Beweis für den Erfolg, der einem Jahre zäher, unermüdblicher Arbeit...

Gen. Generalversammlung. Einen Beweis für den Erfolg, der einem Jahre zäher, unermüdblicher Arbeit...

Gen. Generalversammlung. Einen Beweis für den Erfolg, der einem Jahre zäher, unermüdblicher Arbeit...

Gen. Generalversammlung. Einen Beweis für den Erfolg, der einem Jahre zäher, unermüdblicher Arbeit...

Gen. Generalversammlung. Einen Beweis für den Erfolg, der einem Jahre zäher, unermüdblicher Arbeit...

Gen. Generalversammlung. Einen Beweis für den Erfolg, der einem Jahre zäher, unermüdblicher Arbeit...

Gen. Generalversammlung. Einen Beweis für den Erfolg, der einem Jahre zäher, unermüdblicher Arbeit...

Gen. Generalversammlung. Einen Beweis für den Erfolg, der einem Jahre zäher, unermüdblicher Arbeit...

Gen. Generalversammlung. Einen Beweis für den Erfolg, der einem Jahre zäher, unermüdblicher Arbeit...

Gen. Generalversammlung. Einen Beweis für den Erfolg, der einem Jahre zäher, unermüdblicher Arbeit...

Gen. Generalversammlung. Einen Beweis für den Erfolg, der einem Jahre zäher, unermüdblicher Arbeit...

Gen. Generalversammlung. Einen Beweis für den Erfolg, der einem Jahre zäher, unermüdblicher Arbeit...

Gen. Generalversammlung. Einen Beweis für den Erfolg, der einem Jahre zäher, unermüdblicher Arbeit...

Gen. Generalversammlung. Einen Beweis für den Erfolg, der einem Jahre zäher, unermüdblicher Arbeit...

Gen. Generalversammlung. Einen Beweis für den Erfolg, der einem Jahre zäher, unermüdblicher Arbeit...

Gen. Generalversammlung. Einen Beweis für den Erfolg, der einem Jahre zäher, unermüdblicher Arbeit...

Gen. Generalversammlung. Einen Beweis für den Erfolg, der einem Jahre zäher, unermüdblicher Arbeit...

Gen. Generalversammlung. Einen Beweis für den Erfolg, der einem Jahre zäher, unermüdblicher Arbeit...

Gen. Generalversammlung. Einen Beweis für den Erfolg, der einem Jahre zäher, unermüdblicher Arbeit...

Gen. Generalversammlung. Einen Beweis für den Erfolg, der einem Jahre zäher, unermüdblicher Arbeit...

Gen. Generalversammlung. Einen Beweis für den Erfolg, der einem Jahre zäher, unermüdblicher Arbeit...

Gen. Generalversammlung. Einen Beweis für den Erfolg, der einem Jahre zäher, unermüdblicher Arbeit...

Gen. Generalversammlung. Einen Beweis für den Erfolg, der einem Jahre zäher, unermüdblicher Arbeit...

Breslau (Land)-Neumarkt. Eine Kreis-Kommunalkonferenz. Sonntag, den 30. Januar, vormittags 9 Uhr, im Saale „Zum gelben Löwen“ in Neumarkt statt.

Inventur-Verkauf. Nur noch kurze Zeit! Eigene Fabriken, Eigene Webereien, Eigene Wollkrempeleien in Frankenberg Sa. und Dessau. Paradiesbettenfabrik M. Steiner & Sohn Aktiengesellschaft.

Nur noch 4 Tage!
Inventur-
Ausverkauf

Die Restbestände nochmals
bewußt reduziert!

MÄNTEL

Serie I	5.50
Serie II	11.50
Serie III	24.50
Serie IV	36.50

Abendkleider :: Röcke
Kostüme :: Kleider
Sommersachen

bis 50% unter regulärem Wert
Breslaus bekanntes Etagegeschäft!

Aschner

Albrechtstraße 55, 1. und 2. Stock

Benutze die Buchkarte

Für 50 Pl. wöchentlich
kannst Du Dir gewisse Bücher von
unserm reichem Wert erwerben!
Wende Dich sofort an unsere

Buchhandlung, Neue Graupenstr. 5

Seidenhaus A. J. Mugdan

Schweidnitzer Straße 38/40

Mein großer

Inventur-Ausverkauf

bietet in **Seidenstoffen - Wollstoffen - Konfektion**
außergewöhnliche Vorteile durch **erstaunlich billige Preise.**

Beginn Freitag den 28. Januar.

Auf alle nicht herabgesetzten Waren **10% Kassenrabatt.**

Masken

Theater-Redouien-Kostüme
neue erstklassige preisgünstige
verehrt billig großes Spezialhaus
H. Wiersing Messergasse 50
Telefon Ohle 996

Brennholz

(Schweden und Gummifuge) gibt laufend in größeren und
kleineren Mengen billig ab
Dampfzägewerk, Verl. Niedergaffe.

David: Referentenführer.

Eine Anleitung für sozialistische Redner.
Preis nur 50 Pl., auswärts 10 Pl. Porto.
Volkswacht-Buchhandlung (Modernes Antiquariat)
Breslau III, Neue Graupenstr. 5.

Ab Donnerstag
den 27. Januar

eine Sensation unser

INVENTUR AUSVERKAUF

Ein Post. waschseidene Kleider
kariert und gestreift

Serie I	II	III
1.90	6.90	9.75

Ein Posten Woll-Kleider
in reinwollenem Rips und Popeline

Serie I	II
6.90	8.90

Höflich. Nachm.-Kleider
in Woll- u. Seidenstoffen. Weit unt. Preis

Serie I	II	III	IV
55.00	68.00	82.00	98.00

Eleg. Gesellsch.-Kleider
in Crêpe de Chine, Crêpe Georgette und Taffet
zu außerordentlich herabgesetzten Preisen.

Serie I	II	III	IV
59.00	89.00	110.00	135.00

Ein Posten Voile- und Opal-Kasaks
weiß

Serie I	II	III	IV
1.95	2.75	3.90	4.90

Ein Posten Seiden-Blusen
in Crêpe de Chine und Japon-
Seide

5.90	8.75
------	------

Ein Post. waschseidene Kasaks

Serie I	II	III
kurzer Arm 2.90	4.50	5.75
langer Arm 3.75	5.25	6.50

Morgenrock
aus gutem Flausch, mit anders-
farbiger Blende.

2.90

Besuchen Sie bitte unsere
Schaufenster
Ring 49-50 / Schweidnitzer Straße 32

Kleider

Vollvoile-Kleid mit kunst-
seidenen Streifen 7.75
Dasselbe, mit langem Arm 9.50
Tanz-Kleid a. Eolienne-Seide, 9.75
in vielen Farben.
Woll-Kleid aus reinwollenem 9.75
Rips, mit Falten garnitur
Taffet-Kleid Steifform, 12.75
schwarz
Crêpe de Chine-Kleid 15.75
mit apart. Krüschchen-Garnitur
Nachmittags-Kleid aus Ve- 19.75
loutine u. Marocain, mit fescher
Kragengarnitur, langem Arm
Nachmittags-Kleid aus 21.00
Crêpe de Chine, mit lang. Arm
Gesellschafts-Kleid aus 24.50
Crêpe de Chine und Eolienne,
mit reicher Perlen-Stückerei .
Jumper-Kleid meliert Jer- 25.50
sey-Trikot, Wolle mit Seide .

Kasaks

Kasak aus bedrucktem kunst- 9.90
seidenem Marocain 12.50
Kasak aus reinseidenem prima 11.75
Crêpe de Chine.
Kasak aus meliertem Jersey- 13.75
Trikot, Wolle mit Seide 14.90
Kasak reinseid. Crêpe de Chine, 15.90
lang. Arm, reich. Hohlzuggarn.

Röcke

Sportrock aus gutem haltbaren 4.90
Donggal-Stoff
Faltenrock aus reinwollenem 5.75
Cheviot
Plissee-rock aus reinwollenem 9.90
Rips

Strickwaren

Kunstseidene Pullover 2.35
gemustert, mit langem Arm
Pullover reine Wolle, Schotten- 3.50
muster, mit langem Arm
Strick-Pullover durchweg mit 5.90
Kunstseide gemustert, mit Kragen
Strickweste reine Wolle, mit 3.85
andersfarbiger Kante
Strickweste Wolle, meliert, mit 8.25
Kragen, in großer Farbauswahl
Strick-Jacke mit Woll-Pelz- 10.75
besatz, feiche Muster
Strick-Kleid Pullover u. Rock 16.50
reine Wolle, mit Kunstseide,
gemustert, und Kragen
Eleg. Strickkleid Pullover 27.75
und Rock, Reine Wolle, mit
Kunstseide, meliert, mit Krag.

Unterkleider

Unterkleid aus kunstseidenem 1.85
Trikot
Unterkleid aus gestreiftem 3.85
maschenfestem Trikot
Unterkleid aus meliert Jersey 5.50
Trikot, Wolle mit Seide

Damenstrümpfe

Bemberg Waschseide 1.95
Seidenflor 1.25

Unterbekleidung

Schlüpfer Waschseide, 2.85
maschenfest
Schlüpfer Kunstseide, mit Futter 2.65
Damen - Hemdhose mit 7.50 Pf.
Achselträger, Windelform
Damen - Hemdhose Crêpe 6.45
de Chine

Auf alle nicht herabgesetzten Waren (außer
Kurzwaren und Garnen aller Art)
gewähren wir einen **Sonder-Rabatt von 10%**
Umtausch von Ausverkaufswaren ausgeschlossen.

Seidenstoffe

Kunstseid. Marocains 2.65
bedruckt, in neuen, aparten
Mustern, 100 cm breit.
Waschsammel prima Qualität, 1.95
viele Farben Meter
Crêpe de Chine bedruckt, 6.90
neue mod. Must., 100 cm br. Meter
Halbseid. Damast f. Jackett- 1.65
futter geeignet, 70 cm br. Meter

Kleiderstoffe

Baumwollene Musseline 4.50 Pf.
aparte Ausmusterung
Pulloverstoff . . . Meter 8.50 Pf.
Papillon-Karos wolle. Meter 1.45
Pullover-Stoffe Reine Wolle 1.95
Voll-Voile-Bordüre 2.50
besond. schöne Ausmuster., 130 cm
Jacquard reine Wolle, 100 cm br. 3.50
Kasha-Bordüren Reine Wolle, 4.50
moderne Muster, 130 cm breit
Charmelaine moderne Gewebe, 6.25
prima Qualität, 130 cm breit . . .

Baumwollwaren

Hemdentuch gute Qualität, 4.50 Pf.
80 cm breit Meter
Masken-Satin mit Seiden- 7.50 Pf.
glanz, 80 cm breit
Zephir gute Qualität . Meter 5.90 Pf.

Weißwaren

Schals aus Kunstseide, schöne 1.35
Druckmuster 1.65

Krawatten

Selbstbinder schöne Dessin 5.50 Pf.
Stück 1.45, 1.25, 95, 75
Selbstbinder sehr elegant, Reine 1.25
Seide 1.95

Waschbare Kunst- 65 Pf.
seide kariert Meter 95

Helvetia Reine Seide, 2.45
großes Farbensortiment

Eolienne pa. Qualität, 3.40
riesiges Farbensortiment, Meter

Crepe de Chine 4.50
gute Qualität Meter

Veloutine weid- 5.50
fließendes Gewebe, in großer
Farbenausw., 100 cm breit Mir.

Voll-Voile 1.25
bedruckt, moderne Muster,
100 cm breit . . . Meter 1.45

Woll-Musseline 1.10
neue und aparte Muster
Meter 1.75

Rips Reine Wolle, 3.75
130 cm breit, riesiges Farben-
sortiment

Velour de laine 4.95
gestreift, prima Qualität
130 cm breit Meter

Geschw.

Mugdan

Nachf. &

Hauptgeschäft: Ring 49-50 * Filiale: Schweidnitzer Straße 32

Beachten Sie bitte unser
Sonntags-Inserat!

Weihnachten unter den Eskimos.

Von Christian Ledem.*)

Mein einziger Neffe, der kleine Kallashal und sein Weib Kallala mit ihren drei Kindern sind meine besten Freunde im Lager. Der vierjährige „Sittlenet“ (Sonne) macht seinem Namen Ehre; er ist wirklich ein lächerlicher, sonniger Kerl. Kallashal steht seinen Sohn im Gesicht schon als großen Bärenjäger. Das siebenjährige Töchterchen heißt Puttugo; aber ich nenne sie „Nalalutunga“ (Schwesterlein), dafür ruft sie mich „Nuntutunga“ (Mein Väterlein).

Kallashals ältestes Kind ist ein Mädchen von sechzehn Jahren, das vor mehr als zehn Jahren erblindete. Sie ist vielleicht das klügste Geschöpf, dem ich im Land der Eskimos begegnet bin, aber der Verlust des Augenlichts hat ihrem Wesen den Stempel der Traurigkeit aufgedrückt.

Kallashal und die Seinen gehören zum Stamm der Nalutahit, als aber vor Jahren das Kind erblindete, verließ er Freunde und Heimat. Das ungeschriebene Gesetz des Stammes der Nalutahit bestimmt Krüppelhaften oder Blinden Kindern den Tod, damit sie nicht sich und den andern zur Last werden.

Kallashal aber liebte seine Tochter zu sehr und fand das Herz nicht, ihr den Tod zu geben. Da er dem Gesetz seiner Väter Trost bot, mußte er mit den Seinen die Heimat verlassen und sich einem anderen Stamm anschließen, dessen Gesetze milder streng sind.

Kallashal ist ein Nielo mit Bärennasteln, 185 Zentimeter groß. Mit zwei erlegten Rentieren auf dem Rücken geht er 30 Kilometer weit zu Fuß. Oft verbringt er ein paar Tage ohne Speise und Schlaf auf der Jagd. Das betrachtet er nicht einmal als besondere Anstrengung, sondern so etwas erscheint ihm als das leichteste und natürlichste Ding von der Welt. Dieser derbe Nielo ist zugleich der gütlichste und fürsorglichste Familienvater, den ich je gesehen habe.

Kallashal und ich wurden schnell Freunde, und bald stellte es sich auch heraus, daß wir gemeinsame Bekannte haben. Er und seine Frau hatten in ihrer frühen Jugend Roald Amundsen getroffen, als er mit der Gjøa-Expedition die Nordwestpassage durchlegte. Die beiden jungen Leute hatten damals die Worte „Morje“ und „Gjøa“ sprechen gelernt und erinnern sich noch der Namen aller Begleiter Amundsens.

Kallashal war besonders stolz darauf, daß seine Frau ein Paar Bärenfellhosen für Amundsen nähte, von dem er mit einer beinahe abergläubischen Scheu und Verehrung spricht. „Amussen eskimata marit illa“ sagt er. Das heißt: „Amundsen war ein großer Häuptling.“

Während wir in Metkutis Iglu beim Frühstück saßen und halbgar gelochtes Rentierfleisch aßen, kürt Kallashals Töchterchen Puttugo mit der Radrucht herein, daß ihre große, blinde Schwester plötzlich mild geworden sei, sie schlage um sich und schreie, daß ihr der Kleine, ganz angst geworden sei. Die beiden Eltern springen auf und eilen zu der Kranken, die schon seit einigen Tagen an einer schweren Erkältung litt. Auch die anderen Eskimos unterbrechen ihre Mahlzeit und folgen den Eltern nach dem Iglu, in dem die Kranke liegt.

Als ich etwas später einen Besuch mache, ist schon der Angakot, „Der Gehörnte“, am Krankenlager eingetroffen und ist im besten Zug mit der Ausübung seiner Zauberkräfte. Er singt, tanzt, verrennt die Gliedmaßen und hüpfert mit tollen Sprüngen in der Hütte herum. Dabei köhlt er sonderbare, schwarz heulende Laute aus, um die bösen Geister aus der bekranken Kranken auszutreiben.

So oft der Angakot eine kurze Pause macht, hört man die Kranke schreien und wimmern. Vater Kallashal macht mit ein Zeichen, mit ihm vor die Tür zu kommen. Draußen bittet er mich unter vier Augen, ich möge doch versuchen, die Schmerzen der Kleinen zu stillen und ihr das Leben zu retten. Ich weiß nicht, ob unser Angakot seiner Aufgabe gemachsen ist; aber du tanzt ihr Leben retten, wenn du nur willst.

*) Durch Entgegenkommen des Verlags F. A. Brockhaus, Leipzig, sind wir in der Lage, unseren Lesern eine Kostprobe aus dem neuen interessanten Reisebericht „Christian Ledem, Ueber Kimitins Eisfelder. Drei Jahre unter kanadischen Eskimos“ (mit 70 Abbildungen auf Tafeln und im Text, zahlreichen Notenbeispielen und einer Karte, 13.— Mark, Leinen 19.— Mark) zu bieten. Die an Abenteuer, harten Entbehrungen und Leiden reiche Expedition Ledems in die Eisfelder Kimitins stand gleich im Anfang unter einem unglücklichen Stern. So kann der Forscher von einem Schiffbruch im hohen Norden, von Kannibalismus der Naturvölker, von gefährlichen Jagden auf Eisbären und Walrosse, von einem „Wetlauf mit dem Tode“ berichten. Sein Ziel waren nicht geographische Entdeckungen, vielmehr verlor er von der untergehenden Kultur der Eskimos für die Wissenschaft zu retten, was die immer weiter nach Norden vordringende Zivilisation davon noch übrig gelassen hat. Einen besonderen Reiz hat das Werk noch dadurch, daß Ledem die Musik der Eskimos erforscht und im Phonogramm festgehalten hat.

Ich gebe ihm einige Pillen gegen die Kopfschmerzen der Kranken und erkläre ihm, wie sie einzunehmen sind. Im Lauf des Tages kommt Kallashal zu meiner Hütte, bedankt sich für die Medizin, die so schmerzstillend gewirkt hat, und bittet um weitere Pillen. Meine Lage ist schwierig; ich habe keine Medizin mehr, die ich der Kranken zu geben wage; falls sie stirbt, so wird sicher die Schuld auf mich fallen.

Das arme Mädchen ist krank geworden, gleich nachdem wir den Besuch eines Binneneskimos gehabt hatten, der auf dem Helweg von einem mehrere hundert Kilometer entfernten Peltahandelsplatz bei uns vorüberzog. Von dort brachte er rote Taschentücher, Glaspfeifen, Streichhölzer, Tee und Sirup mit. Er schenkte der Blinden ein rotes Schnupftuch und andere Kleinigkeiten aus den Schätzen des Pelzhändlers. Möglich, daß durch diese Gegenstände die Krankheitskeime übertragen wurden.

In Grönland sowohl als in Nordkanada habe ich mehrere Fälle beobachtet, in denen Eskimos, die sonst Krankheiten kaum vom Hörensagen kennen, nach der Ankunft von Schiffen oder nach dem Erwerb von Handelswaren der Weißen von schweren Erkältungen befallen wurden. Im Land der Eskimos ist die Luft so rein, daß der Eingeborene fast keinen Krankheitskeimen ausgesetzt ist. Um so geringer ist seine Widerstandskraft gegen Bakterien, die aus der zivilisierten Welt gelegentlich hier eingeschleppt werden.

Die kleine Blinde liegt den ganzen Tag über im Fieberwahn. Von dem geplanten Umzug nach einem neuen Lagerplatz kann unter diesen Umständen keine Rede sein.

Den 24. Dezember (Heiliger Abend).

Kallashals blinde Tochter starb heute früh. Der Angakot bittet mich die Schuld auf. Das ganze Lager trauert um die Tote. Die Eltern und die kleine Puttugo sitzen mit roten weinenden Augen in der alten Schneehütte. Der große, starke Bärenjäger schluchzt wie ein Kind. Der Anblick ist erschütternd.

Ich mache mich bereit zum sofortigen Aufbruch. Es ist das Beste, was ich tun kann, die armen Menschen mit ihrem Schmerz allein zu lassen und sie in ihrer Trauer nicht zu stören.

Der starke Ragul und ich ziehen mit dem Hundeschlitten von dannen; wir wenden uns westlich nach einem ungefähr 25 Kilometer entfernten Eskimolager.

Die vielen Rentiere, die uns unterwegs vor die Büchsen laufen, lassen wir unbeachtet. Wir haben ja Rentierfleisch in Fülle, und ich will am Weihnachtsabend auch den Tieren der Tiere nicht stören.

Spätnachmittags erreichen wir die Schneehütte Poppits und Anguttis. Erst lange nach Einbruch der Dunkelheit ist mein neues Schneehaus fertig. Da steht es nun, leuchtend weiß und rein, strahlend von funkelnden Eiskristallen. Ein paar Taiglichter werden hervorgezerrt, die ich seit mehr als zweieinhalb Jahren für diese Gelegenheit aufbewahrt habe, für das dritte und letzte Weihnachtsfest, das ich im Land der Eskimos verbringen will.

Ich stecke die Fische in den Schnee zur Seite meines Schlafjades und zünde sie an. Heute hat der Specksteineuchter Urlaub, und der Walfischtran wird gespart. Aber mit dem letzten Rest Petroleum lasse ich über der Brimulampe Tee und bereite die Weihnachtsgrüße aus Reis, Nüssen, Jucker und Trockenmilch, den letzten Überbleibseln meiner europäischen Speisevorräte. All die Zeit hindurch habe ich jede Verlockung standhaft von mir gewiesen, um zur letzten Weihnacht unter den Eskimos diese Dinge genieß zu können.

Poppit und Anguttit mit Frauen und Kindern sind eingeladen, den Weihnachtschmaus zu kosten. Bis tief in die Nacht sitzen wir plaudernd in meinem Schneehaus.

Ich versuche, ihnen das Evangelium in ihrer Sprache zu erklären, und erkläre ihnen, daß Weihnachten unter den Weißen das Fest des Friedens und der Versöhnung ist. „Allianait“ sagen die Eskimos beifällig. „Koviarlutpunga“ (Das freut uns!)

Als ich mit meiner Erzählung zu Ende bin, bemerkt Poppit, den weißen Menschen tue es wohl not, das Weihnachtsfest zu feiern und daran zu denken, daß sie brüderlich zusammenleben sollten, statt in den Krieg zu ziehen und einander zu töten.

Viele „Witwen“ bitten mich zum Schlaf, die „Kablunait“ (Weißen Menschen) zu grüßen und ihnen zu sagen, wie gern die Eskimos hören würden, daß die Weißen wirklich Frieden geschlossen hätten und sich nicht mehr wie Hunde zerfleischten.

Ein Sternbilderbuch.

Wir sehen hinauf an den Nachthimmel und gewahren das ewig ferne Jungferngewimmel; aber außer ein paar großen Bildern, dem Bären und dem Orion vielleicht, bleibt uns der Himmel unentrandet. Die Straßen in der Stadt sind eng. Die Namen der Sternbilder haben fremde, längst gestorbene, Völker gebildet und sie sind nicht uns allen geläufig.

Aber die Sterne sind nicht so unerbunden mit uns, wie ein flüchtiger Aufblick vermuten läßt. Im Gegenteil: Wer die Geschichte der Menschheit lernen will, der kann sie aus den Sternen lesen. Als der Menschengott aufzuwachen begann, erkannte er

den immer gleichen Lauf der Sternbilder und so begann die Der Mond und der Tierkreis hatten Jahreszeiten berechnen Saat und Ernte ergannen. Und in Verbindung mit den Symbolen des Werdens und Vergehens, des Säens und Erntestanden die Götterlagen. Auf Tafeln in babylonischer Schrift sind diese frühmenschlichen Mythen, die die Eury Sachtausende v. Chr. geschaffen haben, aufbewahrt und durch Grabungen auf uns gekommen. Und nun sehen wir, wie Sagen fortgewirkt haben auf die biblische Dichtung, auf griechische und alexandrinische Kultur und über diese bis auf heutige.

Hermann Götter, der bekannt ist durch seine Uebersetzung des babylonischen Gilgamesch-Epos, eines ausgeprägten uralten Sternennahes (13. Bänden der Götter-Bibliothek), hat nun ein Sternbilder-Buch geschrieben (gegeben vom Dilturbunde, Verlag Georg D. W. Callmann), in dem die Sternbilder-Dichtung erklärt und sumerisch-babylonischer Ursprung vor uns aufgerollt wird. Lernen die Sagen kennen, die auf die hellsten Namen der Andromeda, Perseus und wie sie alle heißen, Bezug haben, lernen die Verbindung zwischen den Sagenfiguren und den Sternbildern kennen und endlich auch den Zusammenhang zwischen Sagen und dem Werden der Menschheit.

Häufig schreibt Hartje und verständliche Prosa, sehr Wissen voraus und befähigt doch nicht mit herablassender Mühseligkeit, wie Gelehrte sie Laien gegenüber oft anwenden.

Dem Buche sind neben einer sehr guten Sternkarte etlichen Textzeichnungen sechs Bilder von Kurt Fiedler gegeben, Missionen des starrgebundenen Wandels der Sternbilder Gestalten durch den dunklen Nachthimmel.

Sowjetrussische Tanzdebatte.

Die Moskauer „Komsomolskaja Prawda“, das am Organ der kommunistischen Jugendbewegung, eröffnete lebend Diskussion über das Thema: „Was für Tänze haben wir nötig? Das Wesentliche der meisten Neuerungen läßt sich in folgenden Leitsätzen zusammenfassen: „Der Tanz soll eine vernünftige Haltung sein. Wir lehnen alle Tänze ab, die entmenslichend wirken. Wir fordern den lebensfrohen, gesunden Volkstanz, Tanz als Leibesübung und Sportspiel.“ Als erster kommt Gesundheitskommissar Dr. Semaschko zu Wort. Semaschko lehnt „Der Tanz ist eine Neuerung der Lebenskreise, die der vlt. Aktivität. Das Kind tanzt auf seine Art, es hüpfert und tummelt sich, wenn es gesund und munter ist. Das Tier springt und drehet sich, wenn es sich freut oder sich behaglich fühlt. Naturvölker in ihren Tänzen jubeln über einen Sieg, eine gute Ernte, den Sommerbeginn u. dergl. Daher soll es unsere dringende Aufgabe sein, einen neuen Tanztyp zu schaffen, der die Neuerung des Lebensfrohsinns mit Schönheit und Plastik verbindet. Das wäre also eine Verschmelzung des Tanzes mit Körperkultur. In vielen Jugendclubs werden bereits Versuche dieser Richtung gemacht. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird Massenprinzip das grundlegende Kennzeichen des neuen Tanzes sein.“ Die „Komsomolskaja Prawda“ bemerkt theoretisch, daß der Einfluß der revolutionären Umwälzung sich erst jetzt mächtig aus auf das russische Tanzwesen zu entfalten beginnt, daß diese neue Bewegung beziehungsweise nicht vom Stabball, sondern von den Jugendclubs ausgehe.

Werdegang.

Ein großer Mann, auch wenn er Gustav heißt, hat immer eine Vorgeschichte, und diese Vorgeschichte ist es meist, die ihn uns zeigt im rechten Lichte.

So hat der junge Gustav Stresemann das Glaschen Biergeschäft ergründet. Es ist ja unberechenbar, woran des Jünglings Eifer sich entzündet.

Dann ist in eine Liebetafel er mit Behemeng hineingetreten, und zwar als Dresdner Wirtschaftsführer, und hat um Mitwirkung gebeten.

Er hat sich dort als prächtiger Tenor und Tafelfänger reich entfaltet. Was in der Kehle sitzt, ringt sich empor, bis es zum Klangbild sich gestaltet.

Bei Glaschen Bier und Tafellicbern ist der Gustav außerblüht zum Manne. So wurde er Patriot und Optimist und eine deutsche Edelstamme.

Hans Harbed

Die Revolte gegen das Geschäftstheater.

Aus London wird uns geschrieben:

Der Fremde bekommt vom Londoner Theater in der Regel nichts zu sehen als die seltsame Oede des Geschäftstheaters des Westens. Er leidet mit der Uebersetzung nach Hause zurück, daß hier alles in schlechtester Routine ergriffen ist, daß das reine Geschäft die große englische Theatertradition völlig erschlagen hat. Er weiß ebenfalls, wie von den kleinen, guten, billigen Restaurants in den Seitengassen um Piccadilly Circus, von den einladenden kleinen Theatern, die sich im Herzen von „Theatreland“ angeordnet haben, wo erfrischer künstlerischer Wille und geschäftsmäßiger Realismus wahre Wunder wirken. Er weiß nichts von jenem seltsamen Bezirk der Sonntagsgesellschaft, in dem eine ernste Theatergemeinde von insgesamt etwa zehntausend Personen, ungehört von Zensur und Geschäftsrückblicken, das jetzt, was dem Spießer von Loosung oder Kennington als „schwarze Messe“ erscheinen muß. Das Sonntagstheater dieser eingeschlossenen Minorität hat mit dem Westendtheater der Wochentage nichts als den Namen „Theater“, die Theaterräume und das Schauspielermaterial gemeinsam. Es ist die Revolte der wahren Theaterleute gegen die Routine des Geschäftstheaters, gegen die Zerschlagung der großen englischen Theatertradition durch den funktionslosen Puritanismus, der letztendlich gegen die viktorianische Zeit, das ist gegen den Anstand, die festliche Bequemlichkeit und die Pruderie, die Großbritanniens größte Wirtschaftserfolge kennzeichnet. Das Programm dieser „Sunday Societies“, die eine geschlossene Mitgliederzahl besitzen, ist damit bestimmt: der Anstoß an die große Shakespeare und elisabethinische Theatertradition Englands, also Shakespeare und die großen Dramatiker der Restaurationsperiode. Die Aufführung von Stücken, die im Sinne des Serientheaters nicht rentabel sind, also das „literarische“ Drama und schließlich die Aufführung von Stücken, die mit Rücksicht auf den Zensur und die „nützliche Empfindlichkeit“ eines Teiles des Publikums und eines erheblichen Teiles der Kritik — wie hier fast allgemein — zu werten, vielfach Sittlichkeitsfragen voranzutreiben — im Rahmen des normalen Theaterbetriebes das Licht der Rampa nicht erblicken können.

Zurzeit existieren etwa ein halbes Duzend solcher „Sunday Societies“. Ihre wirkliche Anzahl ist schwer anzugeben. Sie sind in einem ständigen Umwandlungsprozeß begriffen. Jeder Monat bringt Zusammenkünfte oder Spaltungen bestehender Gesellschaften oder die Gründung einer neuen Vereinigung, um einen

neuen Autor einzuführen oder einer neuen Clique eine Tribüne zu schaffen.

Shakespeare und die Dramatiker herab bis an die Schwelle des 19. Jahrhunderts, war die Aufgabe, die sich die vor kurzem verschwindende Gesellschaft „Phoenix“ gestellt hatte. Das heutige England mit den verschütteten Schätzen seiner großen Theatertradition in Verführung zu bringen, war ihr schöner Zweck. Hier bedurfte es nicht, wie im Westendtheater, eines „Stars“ noch des Experiments mit modernen Kostümen, um die Wiederbelebung Shakespeares zu rechtfertigen. Kein technischer Aufwand, sondern diese Aufführungen erkannlich herkömmlich geblieben: wohl gab es einen Regisseur — diese in England noch immer mehr oder weniger unentbehrliche Einrichtung — aber der Regisseur blieb in den schlechtesten Theatertraditionen des 19. Jahrhunderts befangen — er hatte weder den Mut zu den alten Situationsbedingungen Englands zurückzugehen, noch Shakespeare und die Seinen im Sinne des neuen Theaters zu spielen. Diese Musteraufführungen englischer Klassiker standen im besten Falle auf dem Niveau der Durchschnittsaufführung einer mittleren deutschen Provinzbühne.

Die „Reperitoy-Players“ widmen sich dem modernen Drama. Bereits bekannte Autoren werden hier mit Stücken, die vor dem Auge des Westend-Managers keine Gnade gefunden haben, zum ersten Male aufgeführt, die Werte unbekannter Autoren, deren Stücke in den Büros der Theateragenten verkommen, auf ihre Bühnentauglichkeit hin erprobt. Wie der Tätigkeitsbericht der Reperitoy-Players über das vergangene Jahr zeigt, haben eine Reihe hier zum ersten Male gespielter Stücke aus der Geschlossenheit der Sonntagsvorstellung der Reperitoy-Players den Weg nach dem Geschäftstheater des Westens gefunden.

Hier werden sich also das Geschäftstheater und die Sonntagsgesellschaft deren Pioneer-Charakter allerdings zur Karikatur wird, wenn sie sich zu einer Art von „trade show“ (um einen Begriff aus dem Kinogebiet zu übernehmen) für die allzu bequemen Westenddirektoren entwickeln sollte.

Die führenden und noch immer richtunggebende unter diesen Gesellschaften ist die „Incorporated Stage Society“, die seit drei Jahrzehnten eine bewundernswert sichere, scharfe und erfolgreiche Kulturarbeit leistet. Sie ist es, die den brennendsten Weg Shows in England geebnet hat, die den großen englischen Romanikristallenen der vorigen Generation, wie Hardy, Conrad, Stevenson, Henry James und Arnold Bennett die Möglichkeiten gegeben hat, die verärrtelten Kinder ihrer dramatischen Muse auf der Bühne zu leben, die die großen ausländischen Dramatiker, wie Strindberg, Gerhart Hauptmann, Wedekind, Schnitzler und Maeterlinck nach England gebracht.

So groß die Verdienste einer Gesellschaft, wie der „Stage Society“ auch sein mögen, die praktische Wirksamkeit der ganzen Bewegung bleibt naturgemäß beschränkt. Sowohl nach innen wie nach außen. Alles in allem genommen, ist es den Sonntagsgesellschaften nicht gelungen, auf Schauspiel, Regie, Autoren eine ausstrahlende, umformende Wirkung auszuüben. Der routinierete Schlandrian des Westens blieb völlig unberührt der Regisseur als persönlicher Schöpfer weiter Tabu und was die Autoren anbelangt, so war bei den künstlerischen Honoraren, die das Westend dem erfolgreichen Bühnenregisseur bietet, die Versuchung, sich dem Geschäftstheater zu verkaufen, für die begabten, jungen Dramatiker in aller Regel zu groß. Was a Stücken dem Sonntagstheater eingereicht wird, ist daher — neben dem zufällig nicht entdeckten Reifer — der dramatisch geborene Versuch des Romanciers oder „Literatur“ das dichterisch konzipierte, aber weichenhaft und dramatische Wert des Lyrikers oder das dramatisch expressive, an Georg Kaiser und Ernst Toller orientierte Stück des Nichtromanciers, der seine Impotenz in diesem Gewande am leichtesten verhalten zu können glaubt.

Nach außen aber war die Revolte von Jahrzehntend schon gar zur Unwirksamkeit verurteilt: ihre pasthe Reizung blieb in den Rassenberichten der Westendtheater überhaupt unmerklich. Sie läßt die Quelle des Übels, den materiellen Unterbau des Westendtheaters, mit den vielfach geschwächten Mietverträgen, phantastischen Beschümmen usw. völlig unberührt.

Das wahrhaft tragische der Theaterituation liegt jedoch nicht hier, sondern in der merkwürdigen zeitlichen Zwischenstellung dieser Elite. Selbst dieser Minorität fehlt die lebensdienliche Kampfentschlossenheit und die Bereitschaft, für ihre künstlerische und intellektuelle Uebersetzung aus Opfer zu bringen. Die Mitglieder dieser Gesellschaften sitzen zwar als Kritiker in den großen Zeitungen, als Lesatoren bei den Berlegern, als dramaturgischen Berater bei den Managern. Aber sie haben in ihrer beruflichen Eigenschaft keinen Bessernwillen: sie kämpfen als Kritiker in ihren Zeitungen nicht gegen die Zensur, beraten als Lesatoren die Berleger reaktionärer Sinne und passen sich als Dramaturgen durchaus der Diktatur der niedrigsten Publikumsinstanz an. Die Tatsache, daß diese junge Generation so und so kann, daß sie revolutionär fühlt und traditionell handelt, lebe, aber auch als künstlerische und intellektuelle Uebersetzung dem Proletariat und der bürgerlichen Karriere opfert, ohne sich das geringste Gewissen zu machen — das ist vielleicht das ernsteste Symptom dafür, daß mit einer baldigen Wandlung im künstlerischen Milieu des englischen Theaters keineswegs zu rechnen ist.

Gaon Wertheimer

Gewerkschaftsbewegung.

Achtstundentag trotz alledem!

Die Abwägung der Achtstundentag-Bewegung — das ist das Geheimnis der Regierungspolitik. Der Kampf der freien, christlichen und kirchlich-Demokratischen Gewerkschaften um das Gesetz zur Verkürzung der Arbeitszeit ging den Arbeitnehmern im Unternehmerlager auf die Nerven. Um die gewerkschaftliche Kampfkraft, die in den Parlamenten Schritt für Schritt auf Terrain gewann, zu sprengen, wurde von der Deutschen Sozialpartei die Regierungspolitik entwirrt. So paradox es klingt, so politisch ist gegen die Gewerkschaften, das ist der Sinn des Bürgerblocks. Schon enthält die Proklamation des Zentrums sein Wort mehr vom Achtstundentag, gerade denn vom Gesetz, obwohl beides von den christlichen Gewerkschaften als dringliche Forderung hingestellt worden ist. Das „Regierungsprogramm“ die Brücke für die Rechtsprechung, vom Achtstundentag und vom Gesetz kein Wort spricht, steht sich von selbst.

Der Schrei nach dem Achtstundentag, der Schrei der Arbeitnehmenden nach dem Gesetz zur Bekämpfung des Ueberstundenwunders wird vom Bürgerblock nicht erlitten werden. Lauter eindringlicher noch wird dieser Schrei die Öffentlichkeit alarmieren, so lange alarmieren, bis dem Stand, daß die eine Hälfte des Arbeitsvolkes das bittere Brot des Erwerbslosen essen muß, weil die andere gezwungen wird, in übermäßig langer Arbeitszeit zu schuften, ein Ende gemacht ist. Die Statistik der Arbeitsverteilung können noch sechs Wochen an dem Material der amtlichen Erhebung über die Arbeitszeit nachrechnen, sie werden die Schande des Ueberstundenwunders nicht hinwegwischen können. Es ist heutzutage, daß die amtliche Erhebung über die Arbeitszeit die eigentlich schon zwischen Weihnachten und Neujahr abgeschlossen war, bis jetzt noch immer nicht veröffentlicht worden ist. Warum läßt die Veröffentlichung so lange auf sich warten? Was die Gewerkschaften in verhältnismäßig kurzer Zeit feststellen konnten, das zu ermitteln wird doch schließlich den amtlichen Stellen im Verlauf von zwei Monaten möglich sein. Wie verfaßt, sind zur besseren Auswertung des Materials neue umfangreiche Umrechnungen mit den von Multiplikationen vorgenommen worden. In den nächsten Tagen soll nunmehr das Ergebnis der Erhebung der Öffentlichkeit unterbreitet werden. Warum so viel Umständlichkeiten? Die Öffentlichkeit will reifliche Klarheit über den Ueberstundenmißbrauch. Öffentlich werden auch die amtlichen Feststellungen aus Schwärz und Weiß machen können. Wir wollen 100 gegen 1, die Erhebung der amtlichen Stellen, wenn ihr Ergebnis die Feststellungen der Gewerkschaften widerlegt hätte. Graut den amtlichen Stellen der Veröffentlichung? Fürchtet man, daß die amtlichen Stellen dem Kampf um das Gesetz neuen Antrieb geben?

Die Sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtages hat zur Arbeitszeitfrage (soeben) einen Antrag eingebracht, der das Staatsministerium ersucht, der Reichsregierung dafür einzutreten, daß schleunigt durch ein Gesetz die Arbeitszeit im Reich gemäß den Forderungen der Gewerkschaften geregelt wird.

Infolge eines Mißverständnisses ging dieser Antrag in seiner Fassung bereits durch einen Teil der Presse; es war die Rede von einem Gesetz „gemäß dem Washingtoner Abkommen und den Londoner Vereinbarungen der Arbeitsminister“. Daß an dem derartig eingeschränkten Gesetz die freien Gewerkschaften kein Interesse haben, liegt auf der Hand.

Der Arbeiterabbau bei der Reichsbahn.

Herabsetzung der Abbauziffer.

Der Projekt der Eisenbahner gegen die Werkstätten-Abbaupläne der Reichsbahn, der in der Öffentlichkeit ein starkes Echo fand, ist an der Reichsbahn-Hauptverwaltung allem Anschein nach nicht spurlos vorübergegangen. Dem Drängen der Organisationen, vor allem des freigewerkschaftlichen Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands, nachgebend, kam die Hauptverwaltung nach der nochmaligen genauen Durchprüfung der Abbaumaßnahmen dem Beschluß, im ganzen Reich in diesem Jahre insgesamt nur 5500 Werkstättenarbeiter abzubauen. Der Abbau verteilt sich über die einzelnen Direktionen wie folgt: für Bayern einschließlich der Rheinlande auf 430, für Baden 180, für Württemberg 150, Königsberg 50 usw. — und trifft auch nicht ganze Werkstätten, sondern nur die Regel nur Werkstätten-Abteilungen, zum Beispiel bald die Güterwagen-Abteilung, bald eine Werkerei usw. In den neueren Werkstätten findet selbstverständlich kein Abbau statt, im Gegenteil: dort kann mit Einstellungen gerechnet werden, die allerdings erst in einiger Zeit erfolgen können.

Die Abbauziffer von 5500 ist natürlich, wenn man die Verhältnisse in den Werkstätten etwas genauer unter die Lupe nimmt, immer noch viel zu hoch. Sie könnte beträchtlich herabgesetzt werden, wenn die Hauptverwaltung der Reichsbahn endlich einmal mit der Abstoßung der Arbeit der Werkstätten an die Privatindustrie Schluß machen würde. Niemand mutet der Reichsbahn zu, daß sie mehr Arbeiter beschäftigen soll, als sie beschäftigen braucht. Aber sie kann doch wenigstens die Arbeit, die in den Werkstätten besser und billiger geleistet wird, behalten und damit ihre Werkstätten-Arbeiter weiter beschäftigen. Es ist doch einmal eine Tatsache, daß die Werkstätten in vieler Hinsicht billiger arbeiten als die Privatindustrie. Vielfach wird das Material in den Werkstätten — wir verweisen z. B. nur auf Eisenbahnen (Bezirk Hannover) — bis zu 50 Prozent billiger hergestellt. Die Reichsbahnverwaltung kann ferner noch auf sehr viele weitere geplante Entlassungen verzichten, wenn in den Werkstätten die achtstündige Arbeitszeit eingerichtet wird. Diese Arbeit spart sie mehr Tageweise als bei den Entlassungen, die gleichzeitig tut sie auch etwas für die Arbeitsbeschaffung. Die gleiche Einrichtung in den Werkstätten läßt die Einführung des achtstündigen Arbeitstages als durchaus zweckmäßig erscheinen.

Die Reichszuschüsse für nichtunterstützungsberechtigte jugendliche Teilnehmer an beruflichen Lehrgängen.

Der Reichsarbeitsminister hatte am 29. November vorigen Jahres in einem Rundschreiben an die Landesbehörden die Maßnahmen für erwerbslose Jugendliche auf dem Gebiete der beruflichen Fortbildung einer besonderen Würdigung unterzogen. Nach der bisher herrschenden Praxis hatten die Gemeinden mindestens 50 Prozent der Kosten solcher Lehrgänge zu tragen. Der Reichsarbeitsminister gab durch dieses Rundschreiben die Möglichkeit, sie zu mehr als 50 Prozent durch die Mittel der Gewerkschaften zu finanzieren und erklärte sich bereit, den entsprechenden Anteil auf Mittel des Reichsarbeitsministeriums zu übernehmen. In dem letzten erschienenen neuen Reichsarbeitsbericht (Nr. 3) wird nun ein Beleg des Reichsarbeitsministeriums an den badischen Minister des Innern vom 6. Januar 1927 veröffentlicht, der die Maßnahmen für erwerbslose Jugendliche auf dem Gebiete der beruflichen Fortbildung (das sind 50 Prozent des täglichen Lehrgangsjahres pro Teilnehmer) zur Verfügung zu stellen.

Das ist sachlich durchaus richtig, es hätte aber sinngemäß, da der Beschreib der Öffentlichkeit unterbreitet wird, auf die anfangs erwähnte Bereitwilligkeit zur stärkeren finanziellen Unterstützung finanzschwacher Gemeinden (über 70 Prozent hinaus) aus Reichsmitteln hingewiesen werden müssen.

Mit diesem Hinweis soll für die Arbeitervertreter in Gemeinden und Arbeitsämtern erneut erwähnt werden, daß die Zuschüsse auch für die nichtunterstützungsberechtigten jugendlichen Teilnehmer an beruflichen Lehrgängen den Gemeinden zu zahlen sind.

Die Berliner Metallarbeiter kündigen das Arbeitszeitabkommen.

Die Vertrauensmänner und Betriebsobleute der Berliner Metallarbeiter beschlossen am Dienstag in einer gut besuchten Versammlung, gegen ganz wenige Stimmen, das im Jahre 1922 abgeschlossene Arbeitszeitabkommen am 2. April dieses Jahres zu kündigen. Der Beschluß erfolgte, ohne daß von der Organisation ein bestimmter Antrag an die Versammlung gestellt wurde.

Betriebsrätelehre.

Der für die kommende Woche vorgesehene Vortrag über: „Träger und Organe der Sozialpolitik“ wird auf einen späteren Zeitpunkt verlegt, weil am Montag, den 31. Januar, abends 8 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses ein Lichtbildervortrag von Oswald Zienau, Berlin, über: „Das neue Rußland, eine Bildstudie der Entwicklung des Sowjetbundes“ für die Betriebsräte und Gewerkschaftsvertrauensleute stattfindet.

Unser kontinentales Verbundensein mit dem größten Staate Europas läßt viele die Entwicklung Sowjetrußlands auf den verschiedensten, besonders aber auf den wirtschaftlichen Gebieten mit Interesse verfolgen. Besonders das deutsche Volk hat das Bestreben, den Warenverkehr mit dem früher unmittelbaren östlichen Nachbarland mehr und mehr zu steigern, um neue Anregungen für das deutsche Wirtschaftsleben zu erfahren.

Ueber den Stand solcher Möglichkeiten in der Gegenwart und über die Voraussetzungen im neuen Rußland selbst wird der Vortragende auf Grund seiner tiefgehenden Kenntnis des russischen Volkes und seiner Verhältnisse an der Hand von vielen Lichtbildern die im unseren Kreisen sehr oft hervorgerufenen Wünsche solcher Art befrichtigen.

Zum Besuch der Versammlung sind die Betriebsräte und alle Gewerkschaftsvertrauensleute gegen Ausweis oder Mitgliedsbuch berechtigt.

Bermiedene Arbeitskämpfe in Dänemark.

In Dänemark ist dieser Tage nach langen und schwierigen Verhandlungen eine Erneuerung der Tarife für die Kalk- und Zementindustrie, die Zigaretten-Fabrikanten, Oel- und Margarinefabriken, Sankt-Truben und Stahlwerke erzielt worden. Das Ergebnis, das rund 15 000 Arbeiter angeht, schafft auch für die noch unerledigten Tarifverhandlungen eine etwas verhältnismäßige Stimmung. Noch nicht erneuert von den am 1. Februar ablaufenden Tarifen sind die der ungelerten Arbeiter im Baugewerbe, in der Eisenindustrie und die der Erdarbeiter, der Eisenindustrie-Tarif ist dabei der wichtigste, weil eine Arbeitseinstellung der circa 5000 ungelerten Arbeiter die 24 000 gelerten Metallarbeiter, die ihre Tarife bereits in Ordnung haben, ebenfalls arbeitslos machen würde. Ferner treten Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Genossenschaftsbeschäftigten zu Tarifverhandlungen zusammen.

Der Inhalt der erneuerten Tarife besteht im allgemeinen in der Aufrechterhaltung der jetzigen Löhne. Sowohl Arbeitgeber wie Gewerkschaften haben ihre Forderungen auf Verminderung bzw. Erhöhung fallengelassen.

Eine militärische Gewerkschaft in Holland.

Der Bund des unteren niederländischen Marinepersonals, der dieser Tage sein 30jähriges Bestehen feierte, sieht als Organisation insofern einzig da als Holland das einzige Land ist, das Gewerkschaften von Militärpersonen zuläßt. Selbstverständlich hat die Reaktion keine Gelegenheit unbenutzt gelassen, um den Marinebund zu vernechten; es hagelte Verbote, die aber im Jahre 1918 alle aufgehoben werden mußten, und seither hat sich der Bund kräftig weiterentwickelt.

Vor einem Verkehrsstreit in Warschau.

Warschau, 26. Januar. (Eigener Funkbericht.) In dem polnischen Verkehrswesen droht ein Streit zur Wirklichkeit zu werden. Die vereinigten Verbände der staatlichen Beamten des Transportwesens fordern die Zahlung eines Leverageausgleichs in Höhe eines Monatsgehalts und die ständige Erhöhung der Gehälter um 35 Prozent. Ähnliche Forderungen sind von der Regierung bereits einmal abgelehnt worden. Die Verhandlungslinien kündigen an, daß im Falle einer Ablehnung der Streit proklamiert werden soll. Das würde eine Stilllegung des gesamten polnischen Verkehrswezens bedeuten.

Für die Erstattung von Lohnsteuer sind in den einzelnen Finanzämtern Werkstätten- und Vorbrude zu Erstattungsanträgen zu haben, die den Interessenten kostenlos zur Verfügung stehen. Das Reichsfinanzministerium mahnt nochmals darauf aufmerksam, daß die entsprechenden Lohnsteuererstattungsanträge bis zum 31. März 1927 bei dem Finanzamt, in dem der Antragsteller am 31. Dezember 1926 seinen Sitz gehabt hat, zu stellen sind.

Wirtschaft.

500 Millionen Reichsanleihe.

Amlich wird gemeldet: Von den Kreditmöglichkeiten, die dem Reich zur Bestreitung außerordentlicher Ausgaben durch die Staatsgesetze von 1925 und 1926 in Höhe von rund 940 000 000 Reichsmark eingeräumt worden sind, hat das Reich bisher weder im Wege einer öffentlichen Anleihe noch im Wege von Schatzanweisungen Gebrauch gemacht. Die inzwischen erfolgte Senkung des Reichsbankdiskonts auf 5 Prozent und die befriedigende Verfassung des Geldmarktes haben nunmehr den Reichsminister der Finanzen bestimmt, einen Betrag von 500 Millionen Reichsmark fünfprozentiger Deutscher Reichsanleihe zu begeben. Von diesen werden 300 Millionen Reichsmark von einem unter Führung der Reichsbank stehenden Konsortium von deutschen Banken und Bankfirmen übernommen; die restlichen 200 Millionen Reichsmark sind zum weitaus größten Teil bereits jetzt mit vorläufiger Sperrverpflichtung untergebracht. Die Anleihe ist bis 1934 antizipierbar; von da ab erfolgt die Tilgung innerhalb 25 Jahren durch Auslosung zum Nennwert. Eine vorläufige Tilgung oder Gesamtlündigung ist bis 1937 ausgeschlossen. Die Zeichnung findet zum Kurse von 92 v. H. in den Tagen vom 3. bis 11. Februar statt.

Unternehmer-Diktatur.

Schon vor dem Kriege hatte das Gute-Syndikat die Erzeugung zwangsmäßig geregelt. Wie diese Syndikalwirtschaft beschaffen ist, wird wohl am besten die Stilllegung der Zuteilplunerei und Webereien in Baugewerbe, die zu der Vereinigten Zuteilplunerei und Webereien A.G. in Hamburg gehört. Als gegen Ende des Jahres 1925 infolge unangenehmer Preisenachrichten der Preis für Rohwolle in die Höhe kletterte, ordnete das Syndikat eine Produktionsbeschränkung um 50 Prozent an. Sie wurde durch das Syndikat damit begründet, daß ein voller Betrieb nicht mehr rentabel sei, da der Preis der Fertigzeugnisse angesichts der hohen Rohwollpreise einen Gewinn überhaupt nicht mehr zulasse. Die Vereinigten Zuteilplunerei und Webereien A.G. Hamburg kam der Weisung in der Form nach, daß die zwei Betriebe vollständig stillgelegt. Mit einem Schlag wurden so rund 1000 Arbeiter brotlos und fielen der Fürsorge zur Last.

Die Maßnahmen wurde durch die Zuteilplunerei immer als eine durch Not gebotene Anordnung bezeichnet. In der Zeit sind nun aber die Zuteilplunerei wieder durchaus normal geworden und sogar unter Vorkriegshöhe zurückgegangen. Die Preise für Fertigzeugnisse stehen aber immer noch weit über Vorkriegshöhe. Rohwolle kostete zum Beispiel 1913 rund 0,55 Mark pro Kilogramm, Zuteilplunerei 0,858 Mark und Zuteilplunerei 1,158 Mark. Oktober 1926 kletterte die Preise für Rohwolle auf 0,50 Mark, für Zuteilplunerei auf 1,06 Mark und für Zuteilplunerei auf 1,31 Mark. Nach dieser Preisentwicklung ist zu schließen, daß der Gewinn der Spinnereien und Webereien mindestens um zwei Drittel höher als vor dem Kriege ist. Dazu kommt, daß sich der Export an Zuteilplunerei heute höher als vor dem Kriege stellt. Ueberhaupt ist an Zuteilplunerei und vor allem Dingen an Zuteilplunerei bereits ein höherer Mangel vorhanden. Von einer Not der Zuteilplunerei kann nie und nimmer die Rede sein, auch für eine Produktionsbeschränkung liegt nicht der geringste Anlaß vor. Ueberdies wurden in der deutschen Zuteilplunerei im November 1926 mehr als eine Viertelmillion Ueberstunden geleistet. Die in den geleisteten Ueberstunden fertigestellte Erzeugung ist mehr als ausreichend, sämtliche Arbeiter der stillgelegten Betriebe voll zu beschäftigen. Im Monat Dezember 1926 trat für die Zuteilplunerei ferner eine weitere Besserung der Geschäftslage ein. So konnte die in Gang befindliche Spindelzahl um 7000 vermehrt werden. Die Zahl der in Gang befindlichen Webstühle vergrößerte sich um 100. Trotzdem bleibt der in Baugewerbe stillgelegte Betrieb geschlossen, jedoch mehr als 1000 Arbeiter auf der Straße liegen. Alle bisherigen Bemühungen, alle Beschwerden bei den maßgebenden Behörden sind bis jetzt ergebnislos geblieben.

Wir fragen: Hat die Kartellstelle des Reichs-Wirtschaftsministeriums keine Mittel zur Hand, um das Syndikat zu zwingen, seinen Beschluß aufzugeben? Besteht keine Möglichkeit, die Leistung von Ueberstunden in den beschäftigten Zuteilbetrieben zu verbieten, wenigstens in den in Frage kommenden Betrieben der Vereinigten Zuteilplunerei und Webereien A.G.? Oder will man, wie wir gehört haben, daß die Nichteröffnung des Betriebes ein Druckmittel auf die sächsische Regierung sein soll, um von dieser einen erheblichen Betrag als zinsloses Darlehen zu erhalten? Sollte dem so sein, so wollen wir hier nur feststellen, daß das Unternehmen finanziell äußerst gut steht. Es wäre unverantwortlich, einem solchen Druck nachzugeben, und man wird, wenn man guten Willens ist, die Eröffnung des Betriebes auch anherweilig erzwingen können.

Die Getreideaufkäufe der Sowjetunion

haben bis zum 25. Dezember eine Gesamtmenge von 434 924 400 Rub ergeben (gegen 318 461 100 Rub in der Vergleichszeit des Vorjahres). — In der Ukraine allein wurden in den vergangenen sechs Monaten 143 200 000 Rub, das heißt 70 Prozent des Jahresplanes, aufgekauft. Gegenüber dem vorigen Jahre sind namentlich die Aufkaufsmengen der Hauptgetreidearten bedeutend gestiegen. So beliefen sich die Aufkäufe in der Berichtszeit auf Weizen auf 236 730 000 Rub (gegen 122 318 800), an Roggen auf 81 403 700 (gegen 63 449 400), an Hafer auf 33 157 000 Rub (gegen 17 442 700). Geringer waren aber die Aufkäufe von Weizen, die nur 30 114 900 Rub (gegen 45 451 000) betrug. Die gesamten Getreideaufkäufe waren in der Ukraine um circa 40 Millionen Rub größer als in demselben Zeitraum des Vorjahres. Im Nordkaukasus stiegen sie von 83 240 100 auf 108 690 500 Rub, in Sibirien von 17 324 400 auf 29 959 600 Rub. Das Wolgagebiet wurden insgesamt 53 158 000 und im Ural 14 473 300 Rub Getreide aufgekauft. — Die Getreideerstattungen über Odessa vollziehen sich in der laufenden Exportkampagne erheblich besser als in der vorigen. Bis Anfang Dezember konnte der für die ersten fünf Monate der Exportkampagne aufgestellte Plan voll durchgeführt werden. Die technischen Verbesserungen im Hafengelände sind schon so weit vorgeschritten, daß nur noch 5 Prozent der Verladungen auf Handarbeit entfallen. Im Vorjahre mußten noch des öfteren Strafgebühren gezahlt werden, wenn die ausländischen Dampfer wegen des langsamen Verladegeschäftes zu lange im Hafen zu liegen hatten. Diesmal hat der Exportklub sogar schon Prämien für schnelle Verladung der Schiffe, und zwar in Höhe von 3800 Pfund Sterling, einfließen, die etwa 75 Prozent der Organisationskosten der Odessaer Abteilung des Exportklub gedeckt haben. — Von diesem Januar ab sollen monatlich 3,6 Millionen Rub Getreide über Murman exportiert werden, weil dieser Hafen nicht wie die am Schwarzen Meer gelegenen zufrüht. Die „Jwetsja“ behauptet, sei dieser Exportweg auch billiger als der über Riga und Reval. Im Laufe des Dezember sind angeblich schon 1 Million Rub nach Murman auf den Weg gebracht worden. Bisher wurde dieser Hafen und die Murman-Eisenbahn nur in verhältnismäßig sehr geringem Umfange für die Getreideausfuhr benutzt. So gingen im ganzen Winter 1925/26 nur drei Millionen Rub über Murman. Die Murman-Eisenbahn würde ohne weiteres imstande sein, 3,6 bis 5 Millionen Rub monatlich zu befördern, und die Hafeneinrichtungen würden eine Verladung von mindestens 3,6 Millionen Rub monatlich gestatten. Die vorhandenen Lagerhäuser sind allerdings ungenügend. Deshalb sollen zunächst mit großer Beschleunigung vier neue Lagergebäude mit einem Fassungsvermögen von 500 000 Rub errichtet werden.

Das internationale Schienenkartell hat jetzt die vorläufige Beteiligung der angeschlossenen Staaten festgelegt. Danach beträgt das Gesamtkontingent 1 040 000 Tonnen, wovon 43 Prozent auf England, je 19,5 Prozent auf Frankreich und Deutschland, 11 Prozent auf Belgien, 7 Prozent auf Luxemburg und 4 Prozent auf die Schweiz entfallen. Die Engländer haben bei der Verteilung besonders günstig abgehakt, was sich daraus erklärt, daß England gewissermaßen Platzhalter für die amerikanischen Schienenproduktion ist. Die englische Beteiligung geht denn auch mit 200 000 Tonnen über die wirkliche Ausfuhr im Jahre 1925 hinaus, während die deutsche Beteiligung mit 90 000 Tonnen und die französische Beteiligung mit 40 000 Tonnen hinter dem tatsächlichen Export zurückbleiben. Es ist damit zu rechnen, daß in kürzester Zeit das gesamte Kontingent erhöht wird, wobei den deutschen und französischen Interessen Rechnung getragen werden kann.

! Vergesst nicht, für eure Partei und für eure Presse zu werben !

Bullrich-Hagen-Salz. Nur echt in dieser Packung mit dem Bild des Gründers 1869 Jahre andrerorts gefälscht. Folgen nicht Verbrauch u. Substituten. Ferner die gut u. groß Probe u. Gebrauchsanweisung. Fabrik 250 646. Tel. 625 u. 138. Bahnh. Berlin W 22.

